

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 27 Januar 2021

MINE PORCO IN BOLIVIEN

Wo Glencore einfach wegschaut

Public Eye



Ariane Bahri



Romeo Regenass

Historische Zeiten

Die Absichtserklärung im Frühjahr 2020 war nicht zu überhören: Beinahe unisono versicherten die mächtigsten Länder, dass die ganze Welt Zugang zum Impfstoff gegen Covid-19 bekommen solle. Viele glaubten daran. Ende des Jahres war dann klar: Die reichsten Länder bekommen wieder mal das grösste Stück vom Kuchen. Die globale Ungleichheit wird in Pandemiezeiten sogar noch akzentuiert.

Die Schweiz hatte es in der Hand, einen Beitrag zur Verringerung dieser Ungleichheit zu leisten – mit dem starken Instrument der Konzernverantwortungsinitiative. Das Volks-Ja war ein historisches Ergebnis. Doch leider bodigte das Stände-Mehr unser Anliegen.

Nicht nur das Resultat ist historisch, auch die Umstände waren es: Die Abstimmung fand in einem Umfeld statt, das unser Land so noch nie gesehen hat. Welchen Einfluss hatte Corona auf die Abstimmung? War die Initiative, die an die Solidarität mit den Schwachen der Welt appellierte, deshalb mehrheitsfähig, weil die Bevölkerung in der Pandemie solidarischer ist als üblich? Oder haben die Covid-Krise und die damit verbundene Angst um die Arbeitsplätze verhindert, dass die KVI noch mehr Zuspruch erhalten hat? Letztlich dürfte wohl beides zutreffen. Was in welchem Masse, bleibt allerdings Spekulation.

Doch eines ist sicher: Public Eye wird nicht lockerlassen und sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Schweiz ihre Wirtschaft und ihre Konzerne für deren Auslandsaktivitäten zur Verantwortung zieht. In diesem Magazin steht wieder einmal Glencore im Rampenlicht, dieses Mal in unserer Reportage über die organisierte Verantwortungslosigkeit in einer Mine in Bolivien, die von einer Tochter des Zuger Konzerns betrieben wird. Aber es geht auch um Socar, den aserbaidjanischen Staatskonzern, der von der Schweiz aus mit Öl und Gas handelt und in den Strudel einer mysteriösen Korruptionsaffäre geraten ist.

Als neue Verantwortliche des Magazins von Public Eye freuen wir uns darauf, Ihnen regelmässig spannende, informative und attraktiv aufbereitete Inhalte zu servieren. Inhalte, die uns immer wieder daran erinnern, wie weit die Schweiz beim Thema der Menschenrechte noch davon entfernt ist, als Vorbild zu dienen. Dabei ist eigentlich klar: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören:
publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Die Recherche bleibt die Basis der Arbeit von Public Eye

- 6 Die journalistische Dokumentation konkreter Missstände hat viel zum Erfolg beigetragen; eine Analyse der Abstimmung vom 29. November 2020

Wie Glencore in Bolivien Mensch und Umwelt schädigt

- 8 Reportage aus einer Glencore-Mine, in der Kooperativen unter unmenschlichen Bedingungen Erze abbauen, während der Zuger Konzern einfach wegschaut

Korruptionsskandal entfacht bei Socar Feuer im Dach

- 18 Der staatliche Ölkonzern von Aserbaidtschan taucht am Rand einer maltesischen Korruptionsaffäre auf.

In der Schokolade steckt weiterhin viel Kinderarbeit

- 28 Ein Bericht der Universität Chicago lässt Konzerne wie Nestlé oder Barry Callebaut schlecht aussehen.

Neues Label Grüner Knopf hält nicht, was es verspricht

- 31 Kann Mode nachhaltig sein, wenn dafür unter Umständen Armutslöhne bezahlt werden?

Fleishunger der Welt führt zur Abholzung des Amazonas

- 32 In Brasilien werden für Soja als Futtermittel riesige Flächen gerodet – mit Schweizer Beteiligung

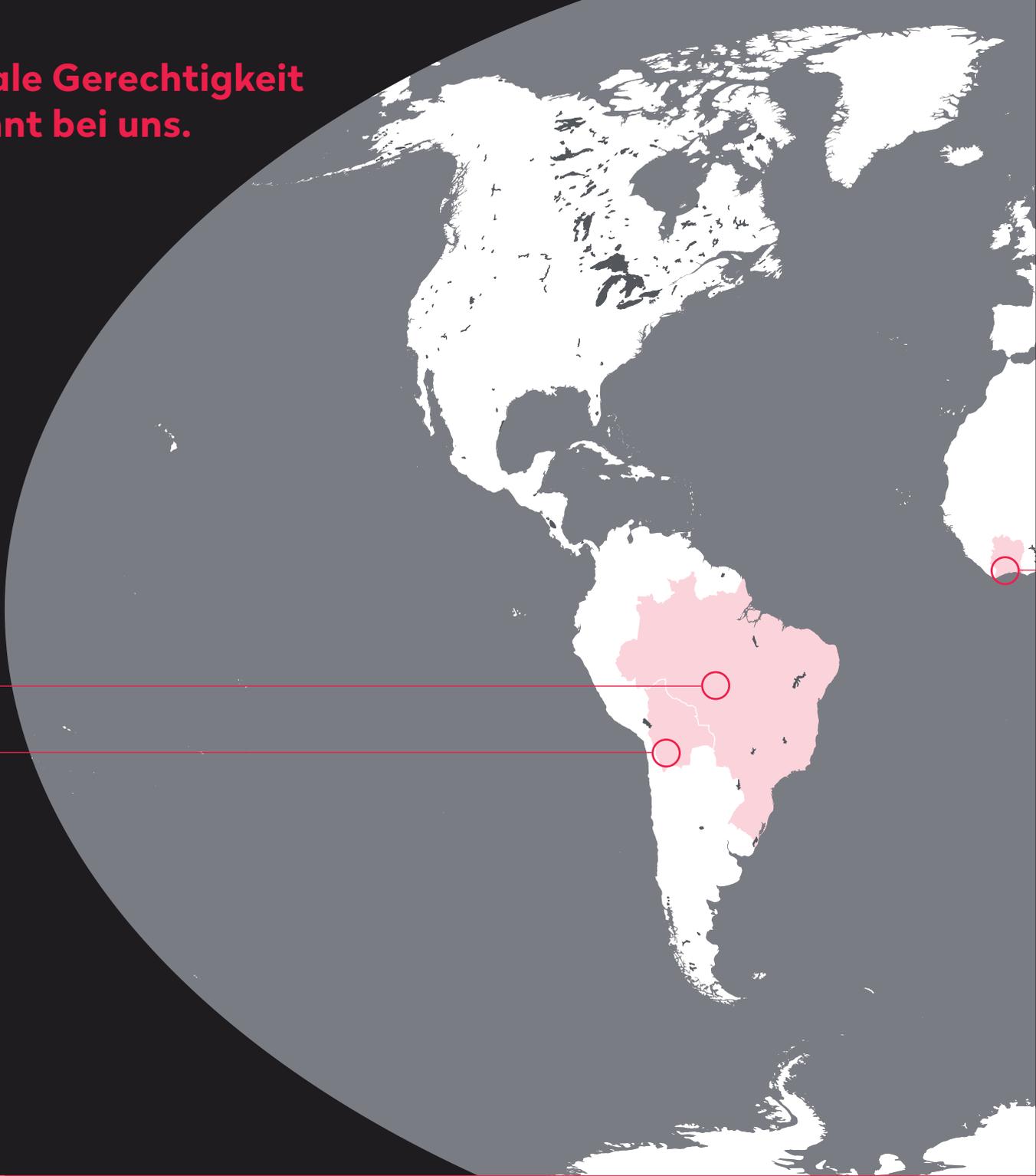


Juana Choque lebt auf dem bolivianischen Altiplano in einem Weiler, welcher unterhalb der von Glencore betriebenen Mine Porco liegt. Das Flusswasser sei vergiftet; sie wisse nicht, wie sie ihre fünf Kinder und sich selbst ernähren soll, sagt die Witwe, deren Mann vor Kurzem verstorben ist.

Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Cuiabá

Porco



Porco, Bolivien

Tödliche Unfälle, minderjährige Arbeiter, zerstörte Umwelt: In der Mine, die Glencore betreibt, bauen Kooperativen unter unmenschlichen Bedingungen Zink, Blei und Silber ab. Der Konzern schaut weg – und kauft einen Grossteil des von den Kooperativen geförderten Erzes auf. Eine Geschichte organisierter Verantwortungslosigkeit.

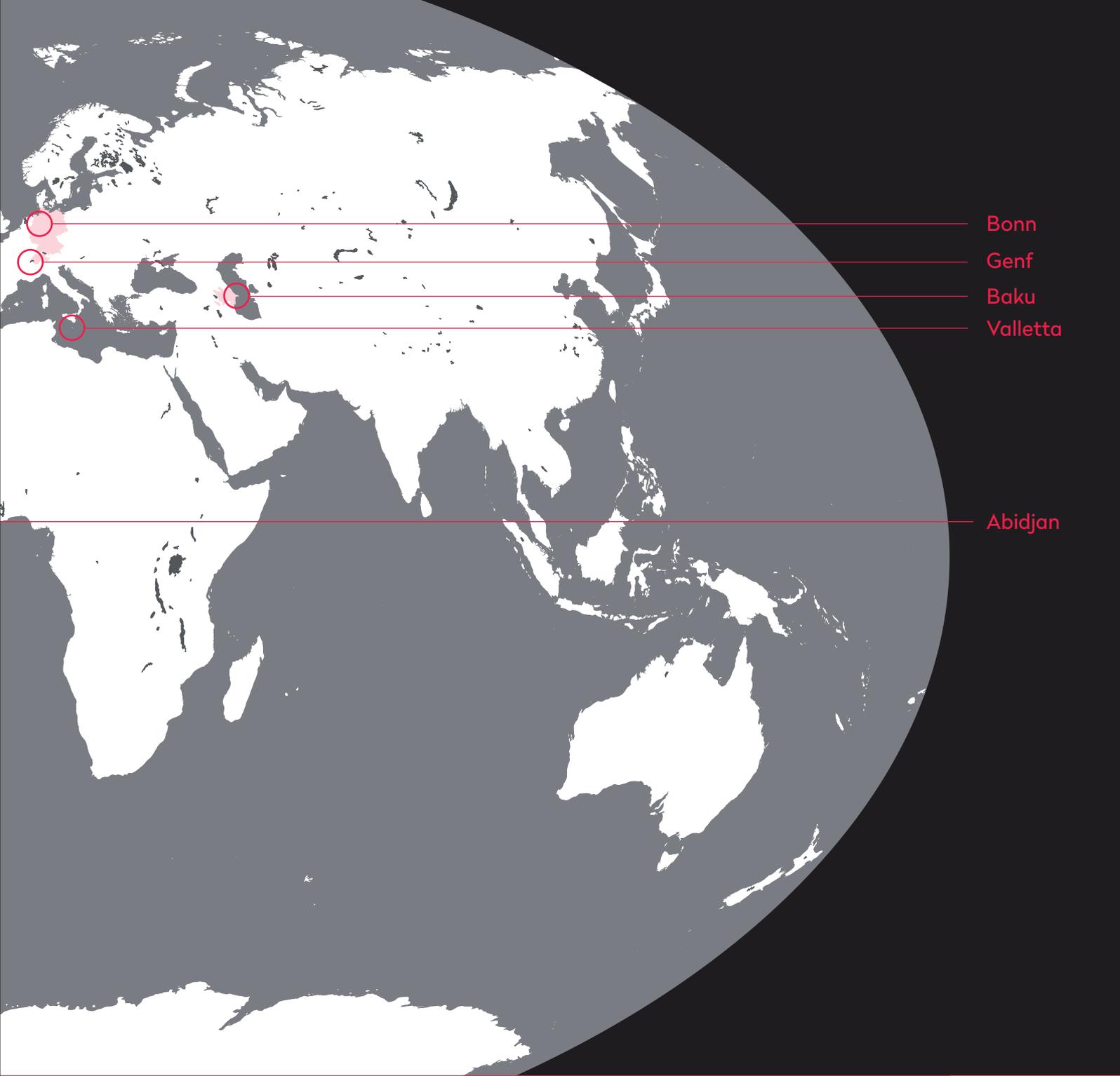
Cuiabá, Brasilien

Weltweit wird immer mehr Fleisch gegessen. In der intensiven Tierhaltung ist Soja einer der wichtigsten proteinliefernden Bestandteile des Futters. Den Hunger

nach Soja stillt vor allem Brasilien als grösster Exporteur. Im Land werden gigantische Flächen Wald und Grasland zu Sojafeldern, zum Teil auch illegal. Den Handel mit Soja aus Brasilien dominieren fünf Agrogiganten – und das mehrheitlich von der Schweiz aus.

Bonn, Deutschland

Das deutsche Nachhaltigkeitslabel «Grüner Knopf» wirbt mit den Schlagworten «sozial», «ökologisch», «staatlich» und «unabhängig zertifiziert». Doch eine neue Studie zeigt, dass es auch Produkte auszeichnet, welche von Arbeiterinnen und Arbeitern mit Armutslöhnen genährt wurden.



Bonn

Genf

Baku

Valletta

Abidjan

Genf, Schweiz / Baku, Aserbaidschan und Valetta, Malta

Socar, der staatliche Ölkonzern Aserbaidschans, versucht mit grossem Sport- und Kultursponsoring zu bestechen – in ganz Europa und besonders in der Schweiz, wo Socar seine wichtigste Handelsniederlassung angesiedelt hat. Doch das Image hat gelitten, seit der Name Socar am Rande einer weitreichenden maltesischen Korruptionsaffäre auftauchte.

Abidjan, Côte d'Ivoire

Seit Jahrzehnten verspricht die Schokoladeindustrie, Kinderarbeit und Abholzung im Kakaoanbau durch

freiwillige Massnahmen zu reduzieren. Doch das ist ihr nicht gelungen. Im Gegenteil: 1,5 Millionen Kinder arbeiten allein im westafrikanischen Kakaoanbau nach wie vor unter missbräuchlichen Bedingungen. Einblick in einen Bericht der Universität Chicago zur Kinderarbeit sowie in den Kakaobarometer 2020.

Wieso es unsere Bolivien-Reportage nicht in die Medien schaffte

Die Recherchen von Public Eye trugen wesentlich zum Erfolg der Konzernverantwortungsinitiative (KVI) bei. Lange erzielten diese auch eine grosse mediale Resonanz. Eine Studie gibt Hinweise darauf, warum das bei unserem jüngsten Bericht aus einer Glencore-Mine anders war. Und räumt auf mit dem Märchen vom «linken» Deutschschweizer Journalismus.

OLIVER CLASSEN

Je länger der Abstimmungskampf letzten Herbst dauerte, desto schwieriger wurde es, der Schweizer Bevölkerung weitere Beispiele für Missstände zu zeigen, für die Schweizer Konzerne (mit-)verantwortlich sind. Und die hitzige Debatte damit auf jene konkreten Umwelt- und Menschenrechtsprobleme zurückzuführen, um die es bei der Initiative ursprünglich mal ging. Denn dazu reichen unsere eigenen Social-Media-Kanäle und Printprodukte – wie das hier vorliegende Magazin – leider nicht. NGOs wie wir bleiben auf Massenmedien angewiesen. (Auch wenn im unten geschilderten Fall eine Glencore trotz ausbleibender Berichterstattung so nervös wurde, dass sie ganzseitige Anzeigen schaltete, ohne freilich einen einzigen unserer Kritikpunkte widerlegen zu können.) Denn insbesondere unsere Leitmedien haben nicht nur deutlich mehr Reichweite, sondern verfügen zumindest vordergründig auch über jene Unabhängigkeit, die andere politische Kreise für unsere Anliegen und Argumente überhaupt erst zugänglich macht.

Stimmung in Verlagshäusern kippte plötzlich

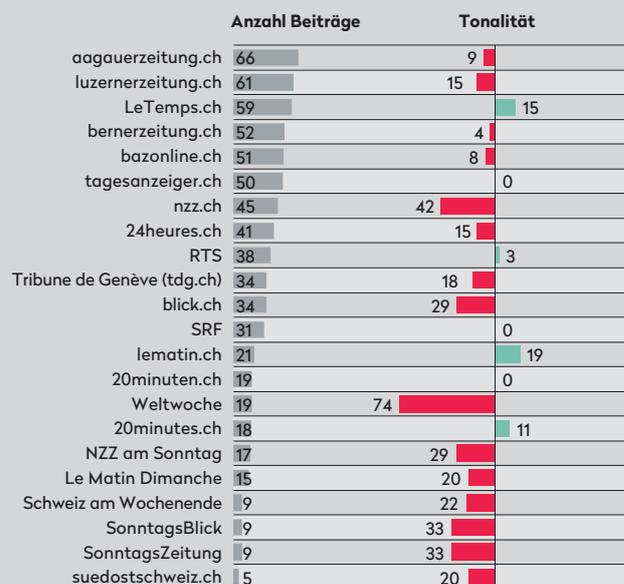
Die ab Seite 8 nachzulesende und im Kontext der KVI hoch relevante Reportage aus einer bolivianischen Glencore-Mine ging am 10. November online, wurde von den Medien aber fast vollständig ignoriert. Das hat mich als Sprecher von Public Eye sehr überrascht und auch ein bisschen frustriert. In Nicht-Abstimmungszeiten stossen unsere Recherchen und Analysen in den Redaktionen nämlich fast immer auf Interesse – nicht zuletzt, weil diese immer weniger die Ressourcen haben, um selber tief zu schürfen. Doch in der heissen Phase kippte die Stimmung in den Verlagshäusern. Deshalb unterstellte die «NZZ am Sonntag» der Medienarbeit von Public Eye und mir persönlich Mitte November wohl auch, die Schweizer Medienschaffenden über Jahre hinweg erfolgreich manipuliert und damit den Weg zum KVI-Erfolg geebnet zu haben. Wie grotesk dieser Vorwurf ist (oder wie viel erfolgreicher Economiesuisse & Co. gegenmanipuliert haben), zeigt leider das dezidierte Jein vom 29. November.

Eine andere Lektion, die uns dieser historische Sonntag gelehrt hat: Ein riesiges Medienecho garantiert

noch längst keine riesige Stimmbeteiligung. Mit 47% mobilisierte die KVI zwar überdurchschnittlich gut, blieb aber deutliche und vermutlich entscheidende 12% hinter dem «Super Sunday» vom 27. September zurück. Dies obwohl (oder weil?) sich die Redaktionen die Finger wund schrieben: Mit über 700 Beiträgen in elf Wochen generierte die KVI jedenfalls ein mächtigeres Rauschen im Blätterwald als irgendeine andere der von der Forschungsstelle für Öffentlichkeit und Gesellschaft der Uni Zürich (fög) seit 2014 ausgewerteten Abstimmungen, inklusive Selbstbestimmungs- und Begrenzungsinitiative.

Die immense KVI-Resonanz war allerdings nur zum Teil der gesellschaftspolitischen Relevanz unseres Anliegens geschuldet. Entscheidend für die mediale Dy-

MEDIENBEITRÄGE WAREN MEHRHEITLICH GEGEN DIE INITIATIVE GERICHTET



Die Darstellung zeigt pro Medium die Anzahl und die Tonalität der Beiträge über die Konzernverantwortungsinitiative. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (total 703 Beiträge).

namik war auch die zunehmend schrille Tonalität der Debatte. «Wie konnte diese Kampagne derart entgleisen?», fragte der «Tagesanzeiger» zwei Wochen vor der Abstimmung halb lust-, halb vorwurfsvoll (und generierte damit über 300 Onlinekommentare). Solch redaktionelle Empörung hat freilich immer einen heuchlerischen Unterton. Denn je gröber die gegenseitigen Fake-News-Vorwürfe sind, je hässlicher die Propaganda-Videos daherkommen und je gezielter auf bestimmte Personen oder Organisationen geschossen wird, desto höher die Click-Zahlen, Einschaltquoten und Kioskverkäufe.

Ob es uns gefällt oder nicht: Diesem fiesem Skandalisierungsprinzip gehorcht die menschliche Aufmerksamkeit. Und damit auch die Medienökonomie. Deshalb war die «Trumpismus»-Warnung des Onlinemagazins «Republik» ebenfalls ein zweiseitiges Schwert. Schliesslich profitierten just jene linksliberalen Tageszeitungen, Websites und News-Kanäle am meisten vom Noch-US-Präsidenten, die dessen an Polit-Pornographie grenzenden Populismus am heftigsten kritisierten. Die «Sonntagszeitung» brachte dieses publizistische Paradox in ihrer letzten Ausgabe auf den wunden Punkt: «Wenn Joe Biden im Weissen Haus einzieht, kommen auf Amerikas Medien härtere Zeiten zu.»

Verblüffend am Abstimmungsmonitor der fög ist aber nicht nur, wie viel über die KVI berichtet wurde, sondern auch in welcher Tonalität. Diese war in der Deutschschweiz nämlich überwiegend negativ. Und das bei einem

dezidiert progressiven, von einem historisch breiten NGO-Verbund lancierten Volksbegehren. Spätestens seit der No-Billag-Kampagne gegen eine vermeintlich rotgrün versifft SRG vor drei Jahren ist die rechtsbürgerliche Mär von der linken Journaille auch hierzulande ein gängiges Klischee. Ironischerweise glänzte bei der KVI-Coverage nun ausgerechnet das viel gescholtene SRF durch völlige Ausgewogenheit, worüber sich dessen Chefredaktor auf Twitter denn auch öffentlich gefreut hat. Ähnlich neutral verhielt sich – in der Summe und trotz grosser interner Polarität – nur noch der «Tagesanzeiger». Die ebenfalls Tamedia gehörende «Sonntagszeitung» liess hingegen kein gutes Haar an der Initiative und portierte sogar Alternative Facts aus dubiosen Quellen.

Wenn eine Bundesrätin Kampagne macht

Die Blick-Redaktion hingegen huldigte ihrer ehernen Boulevardlogik. Nach dem Prinzip «Wer mit uns im Lift hochfährt, den fahren wir damit auch wieder runter» kamen in der heissen Phase kaum mehr NGOs, dafür aber umso mehr CEOs zu Wort. In Exklusiv-Interviews durften Glencore und Nestlé die Volksseele gleich seitenweise gegen mehr Konzernverantwortung impfen. Auch der zur (Gegen-)Kampagnenleiterin mutierten Bundesrätin Karin Keller-Sutter boten die Medien eine grosse Plattform, aber kaum Paroli. Die NZZ war zwar wählerischer in der Wortwahl, agitierte aber genauso einseitig und betrieb mit der Triumph-Schlagzeile «Schweiz sagt Nein zu leeren Versprechen» auch nach geschlagener Schlacht weiter Propaganda statt Journalismus, indem sie direkt das Kampfvokabular der Nein-Kampagne übernahm.

In der Romandie waren solch grobe Misstöne weniger zu hören. Abgesehen von «Le Matin Dimanche», «Tribune de Genève» und «24 heures» stiess die Initiative westlich von Biel und Fribourg auf deutlich mehr redaktionelle Sympathien. Ob und wie stark sich dieses relative Wohlwollen der Medien in den vergleichsweise positiven Westschweizer Abstimmungsergebnissen spiegelt, bleibt zwar Spekulation. Geschadet hat es aber gewiss nicht.

Solide Recherche bleibt Basis unserer Arbeit

Aufwendige Recherchen zur journalistischen Dokumentation konkreter Missstände werden jedenfalls weiter die solide Basis der politischen Agenda von Public Eye bleiben – im Bereich Unternehmensverantwortung wie auch in unseren anderen Themen. Da sich immer mehr Medien diese Grundlagenarbeit nicht mehr leisten können oder wollen, haben wir 2020 bereits die zweiten Investigation Awards ausgeschrieben. Die Resultate der prämierten Rechercheprojekte wollten wir in diesem Magazin vorstellen. Aber der Coronavirus hat die Arbeit der zwei Gewinner so sehr verzögert, dass Sie für diese spannenden Stories noch etwas Geduld aufbringen müssen. ■





Die Vergessenen der Mine von Porco

Tödliche Unfälle, minderjährige Arbeiter, zerstörte Umwelt: In der Mine Porco, die Glencore im bolivianischen Hochland betreibt, bauen Kooperativen unter unmenschlichen Bedingungen Zink, Blei und Silber ab. Glencore schaut weg – und kauft einen Grossteil des von den Kooperativen geförderten Erzes auf. Eine Geschichte organisierter Verantwortungslosigkeit.

Es ist sieben Uhr früh, an einem Tag Anfang Oktober, wir stehen im Städtchen Porco auf dem bolivianischen Altiplano an einem Kreisel und fallen auf. Hunderte von Minenarbeitern schlurfen in Trainerhosen und behelmt an uns vorbei und mustern uns aus schlaftrunkenen Augen. Wir – der bolivianische Journalist Jorge Quispe, der Fotograf Christian Lombardi und ich – warten auf Roberto, der eigentlich anders heisst. Er will uns in die Mine Porco führen, die älteste Mine Boliviens, in der seit 700 Jahren Zink, Silber und Blei abgebaut wird. Betreiberin der Mine ist die Sociedad Minera Illapa S.A. – eine hundertprozentige Tochterfirma des Schweizer Konzerns Glencore.

2013 hat Illapa mit der staatlichen Corporacion Minera de Bolivia (kurz: Comibol) einen Assoziationsvertrag über 15 Jahre abgeschlossen. Mit schwerem Gerät und etwa 400 Mitarbeitenden höhlt die Firma im Dreischichtbetrieb den Berg aus. Gemäss Vertrag stehen «alle operativen Aspekte» unter der «exklusiven, umfassenden und vollen Verantwortung» der Glencore Tochter.

Arbeit unter grösster Gefahr

Doch der Grossteil der Männer und Jugendlichen, die hier auf dem Weg zur Mine an uns vorbeiziehen, arbeitet nicht für Illapa. Sondern für eine der beiden grossen Kooperativen; die Cooperativa Minera Porco Limitada, in der sich über 3000 Minenarbeiter versammeln, oder die Cooperativa Huayana Porco mit gut 1500 Arbeitern. Wenn sich für die Glencore-Tochterfirma in einem Sektor der maschinelle Abbau nicht mehr lohnt, treten die Kooperativen auf den Plan – und machen sich an die Resteverwertung. Mit einfachsten Mitteln und unter grösster Gefahr.

Roberto, der mittlerweile am Kreisel aufgetaucht ist, will uns zeigen, was das bedeutet. Er führt uns zu einem Lastwagen, auf dem bereits ein paar Minenarbeiter warten. Wir klettern zu ihnen auf die Ladefläche. Als wir den Kontrollposten der Firma Illapa erreichen, bittet Roberto meinen Kollegen Jorge, sich kurz zu ducken. Er ist der einzige von uns, der keinen Helm trägt – offenbar die einzige Bedingung, um die «Sicherheitskontrolle» unbehelligt zu passieren. Wir fahren weiter, unter dem pompösen Torbogen mit der Inschrift «Illapa S.A.» hindurch und vorbei an der Verarbeitungsanlage der Firma, den Berg hinauf bis zum Stollen Juan Carlos auf 4219 Metern über Meer.

Während die Kumpel ihre vom Vortag noch feuchten Overalls zum Trocknen auslegen und sich zur Stärkung Cocablätter in den Mund schieben, hält uns Roberto ein Kurzreferat über das Kooperativenleben. Er ist einer von etwa 200 «Socios», Vorarbeitern der Cooperativa Huayana Porco. Acht Arbeiter hat er unter sich. Die Kooperativen sind nicht wirklich kooperativ organisiert, sondern eher Zusammenschlüsse von Kleinunternehmern. Diese stellen auf eigenes finanzielles Risiko Arbeiter an, die



dann für einen bestimmten Tagesansatz oder eine Beteiligung am Erlös in der Mine schufteten – viele ohne Vertrag, fast alle ohne Kranken- oder Unfallversicherung.

Für die Sicherheitsausrüstung haben sie selbst aufzukommen – viele tragen deshalb einen Helm aus billigstem Plastik, kaum einer trägt eine Maske, die wirklich vor Feinstaub schützt. Werde ein Arbeiter in der Mine verletzt, unterstütze ihn die Kooperative finanziell für die Erstbehandlung, danach müsse er selbst weiterschauen. Komme ein Minenarbeiter zu Tode, erhalte dessen Familie pauschal 3000 US-Dollar.

So sei das im Reglement der Kooperative festgelegt, erklärt uns Roberto in gleichmütigem Ton, während er gleichzeitig ein Auge hat auf die Arbeiter, die gerade einen Lastwagen mit Erz beladen. Dieser wird danach den Berg hinunter gefahren – zur Verarbeitungsanlage der Firma Illapa. Die Kooperative Huayana Porco verkaufe den Grossteil ihres Erzes an die Glencore-Tochterfirma, sagt Roberto, nur ab und an biete man eine Ladung einer Konkurrenzfirma in Potosí an.

Kinderarbeit als Selbstverständlichkeit

Ich spreche jenen von Robertos Arbeitern an, der am jüngsten aussieht. Juan, wie wir ihn nennen wollen, erzählt mir, er sei vor einem Jahr zum ersten Mal hierher gekommen, um während der Schulferien an der Seite



1



2



3



4

seines Vaters in der Mine zu arbeiten. Er ist 15 Jahre alt. Die Arbeit sei streng, sagt er, aber es gehe schon. Mit dem Geld, das er hier verdient, will er sich neue Kleider kaufen.

Zwar erlaubt das bolivianische Gesetz Jugendlichen ab 14 Jahren grundsätzlich, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Bestimmte Tätigkeiten sind jedoch ausgenommen – darunter explizit auch der Bergbau. Doch dass Minderjährige in der Mine arbeiten, scheint hier in Porco eine allseits tolerierte Realität zu sein. Im Städtchen Porco begegnen einem Dutzende offensichtlich nicht volljährige Arbeiter. Der Bürgermeister Fredy Lugo wird später im Gespräch mit uns beklagen, dass viele Junge lieber in der Mine arbeiten, als eine Ausbildung zu absolvieren.

Nicht einmal bei der Fedecomín, der Föderation der Minenkooperativen Potosís, gibt man sich Mühe, das Problem abzustreiten. Oder zumindest nicht lange. Der Verantwortliche, den wir in deren Büro zum Gespräch treffen, sagt zwar erst im Brustton der Überzeugung, es sei «eine Lüge, dass Kooperativen Minderjährige anstellen». Als wir ihm dann von unseren Beobachtungen und Treffen in Porco erzählen, räumt er jedoch rasch ein: «Dieses Problem gibt es.»

Doch zurück auf den Berg. Als sich all seine Angestellten an die Arbeit gemacht haben, führt Roberto auch uns in den Stollen. Im Schein unserer Stirnlampen laufen wir hintereinander hinein in den engen Tunnel, immer wieder müssen wir den Kopf einziehen. Kommt uns rumpelnd einer der Kleintraktoren entgegen, der Erz nach draussen führt, drücken wir uns an die Wand, damit er an uns vorbeikommt.

Keine Strafuntersuchung bei Unfällen

Je weiter wir ins Innere des Berges eindringen, desto stickiger und heisser wird es. Mancherorts gehen metertiefe Löcher vom Tunnel ab, ohne jegliche Sicherung, zu tief, als dass sich mit dem Licht unserer Stirnlampen ihr Ende erkennen liesse. Es sind die Schächte, die Illapa hinterlassen hat. Schliesslich kommen wir zur Stelle, an der Robertos Arbeiter abbauen, 1200 Meter sind wir mittlerweile im Berg drin. Aus einem tiefen Loch sind Klopfergeräusche zu vernehmen. Das seien seine Leute, sagt der «Socio», die vierzig Meter weiter unten beschäftigt seien. Aber dort hinab führe er uns nicht, «das wäre zu gefährlich». Angst vor juristischen Konsequenzen, falls einer seiner Arbeiter verunglückt, braucht Roberto kaum zu ha-



Eliceo Mamani Condori, 28, Minenarbeiter, seit einem Unfall im Jahr 2014 querschnittgelähmt.

ben: Zu einer Strafuntersuchung kommt es nach einem Unfall praktisch nie. Wenn sich die Kooperativen und die Zurückgebliebenen eines Unfallopfers geeinigt hätten «dann mischen wir uns nicht ein», wird uns ein wortkarger Polizist im Posten von Porco später bestätigen. «Von vielen Unfällen kriegen wir gar nichts mit.» Als wir den Polizisten auf die drei Minenarbeiter der Kooperative Porco Limitada ansprechen, die erst vor ein paar Tagen in der Mine Porco erstickt waren, sagt er, der Unfall sei offensichtlich selbst verschuldet gewesen. Die Leichen hätten die Angehörigen der Verstorbenen selbst geborgen, nach einer Autopsie habe niemand verlangt, und als man mit dem einzigen Überlebenden des Unfalls habe sprechen wollen, habe der das Spital bereits verlassen gehabt. Somit war der Fall abgeschlossen.

Am Tag nach dem Besuch in der Mine treffen wir in Potosí den 28-jährige Eliceo Mamani Condori. Er empfängt uns in den Räumlichkeiten einer Unterstützungsorganisation für körperlich behinderte Menschen. Er sitzt in einem abgewetzten Rollstuhl und trägt Trainerhosen mit eingesticktem Logo der Cooperativa Minera Porco Limitada, für die er arbeitete, bis zu diesem Tag im August 2014.

Als Siebzehnjähriger hatte er in der Mine angeheuert, bald wurde er stark umworben – weniger wegen seiner Arbeit im Stollen, sondern wegen seiner Athletik und seines feinen linken Fusses: Neben dem Kampftrin-

1 Nie ohne meine Coca: Kein Mineur betritt die Mine ohne einen Sack der Blätter, die gegen Müdigkeit, Hunger und Kälte helfen.

2 Mit einem 25 Kilogramm schweren Presslufthammer wird das Gestein perforiert.

3 An einsturzgefährdeten Stellen ist der Tunnel behelfsmässig mit Holzpfosten abgestützt.

4 Abtransport des Materials aus der Mine



Ärztin Reyna Paucara Canaza behandelt im Centro de Salud von Porco immer wieder jugendliche, schwer verletzte Minenarbeiter.

ken sind Fussballturniere die liebste Freizeitbeschäftigung der Minenarbeiter, wertvolle Spieler können sich ein stattliches Zubrot verdienen und erhalten zuweilen auch in der Mine eine Vorzugsbehandlung.

So auch Eliceo Mamani. Sein «Socio» hatte ihm die Erlaubnis erteilt, eine eigene Erzader zu erschliessen. Was zum Vorschein käme, würden sie sich hälftig teilen. Monatelang hatte er am Zugang gearbeitet zu jener Stelle, an der er Bodenschätze vermutete. Um an «seine» Ader zu kommen, die quer vom riesigen Schacht wegging, den Illapa hinterlassen hatte, musste er an den Holzpfehlen hochsteigen, mit denen die Firma den Stollen abgestützt hatte. Als er fast auf seinem Zwischenboden angelangt war, brach einer der Balken ein. Vielleicht war er durch die Erschütterung bei Sprengungen lose geworden. Vielleicht hätten ihm aber auch andere Minenarbeiter, die es auf sein Erz abgesehen hatten, eine Falle gelegt, glaubt Eliceo Mamani. Er fiel 45 Meter in die Tiefe.

Kollegen von Eliceo banden seinen Unterkörper an einer Leiter fest und versuchten, ihn mit vereinten Kräften an Seilen empor zu hieven. Dabei verhakte sich die Leiter an der Schachtwand, er wurde eingeklemmt, der Schmerz liess ihn kurz zu sich kommen, dann fiel er wieder in Ohnmacht. Er glaubt, dass sein Rückgrat erst da, bei der Bergung, barst. Eliceo lag darauf zwei Wochen im Koma, und als er wieder zu sich kam, habe er sich

als erstes gefragt, ob die Verletzungen wohl so schlimm seien, dass er sein Spiel auf dem Fussballplatz umstellen müsste. «Erst, als mir die Krankenpflegerin sagte, ich werde nie mehr laufen können, habe ich verstanden – und geweint.» Seine Frau Licet möchte lieber nicht mehr zurückdenken an die Zeit, als ihr Mann aus dem Spital nach Hause kam und sie neben der eben geborenen Tochter Maite auch noch zu ihm schauen musste. «Es war, als müsste ich mich plötzlich um zwei Babys kümmern», sagt sie nur.

Heute ist Eliceo von der Gemeinde Potosí als Pfortner einer Sportanlage angestellt, für gerade mal einen Fünftel des Lohnes, den er früher in der Mine verdiente. Seine Hoffnung setzt er just in die Kooperative, bei der er einst arbeitete. Demnächst will er ein Schreiben an diese abschicken, in dem er sie darum bitten werde, dass sie zumindest einem Verwandten von ihm einen Job geben, wenn er selbst schon nicht mehr arbeiten kann.

Zwanzig Todesfälle pro Jahr

Doch wie gefährlich ist die Arbeit hier wirklich? Lassen sich Schwere und Häufigkeit der Unfälle in der Mine Porco quantifizieren? Wo verlässliche Statistiken fehlen, ist das Spital der beste Ort, um diese Frage zu klären. Die Ärztin Reyna Paucara Canaza ist seit 2016 im Centro de Salud von Porco im Dienst, und die Zahlen, die sie uns



«Das Wasser aus unserem Fluss kann man nicht mehr trinken», sagen Helena Cordoba (links) und Damiana Apaza.

nennt, gehen unter die Haut. Sie versorgten hier jeden Tag verletzte Minenarbeiter, sagt sie, mit mittelschweren bis sehr schweren Verletzungen.

Schädel-Hirn-Traumata und Rückenverletzungen aufgrund herabfallender Steinplatten oder nach Stürzen kommen am häufigsten vor. In den vier Jahren ihrer Dienstzeit habe es im Durchschnitt in der Mine etwa zwanzig Todesfälle pro Jahr gegeben. Als im Jahr 2017 die Rohstoffpreise zum letzten Mal durch die Decke gingen und die Mine noch mehr Arbeiter als sonst anzog, sei es praktisch jede Woche zu einem Todesfall gekommen. Fünfzehn- und Sechzehnjährige behandelten sie hier immer wieder, hie und da auch noch jüngere. Der jüngste verletzte Minenarbeiter, an den sie sich erinnert, war elf Jahre alt.

Bei schweren Unfällen können die Ärztinnen und Ärzte im rudimentär eingerichteten Gesundheitszentrum von Porco nicht mehr als die Erstversorgung leisten, dann werden die Verletzten nach Potosí transferiert. Auch für Bergungen im Innern der Mine fehle ihnen leider die Ausrüstung und das Personal. Verletzte Arbeiter würden in der Regel von ihren Kollegen geborgen und in irgendwelchen Fahrzeugen hierhergebracht, und ja, räumt die Ärztin ein, natürlich könne es dabei zu zusätzlichen Verletzungen kommen.

Zwar betreibt auch die Firma Illapa in Porco zwei eigene Gesundheitszentren – je ausgerüstet mit einem Am-

balanzfahrzeug. Nur: Einem Kooperativen-Mitarbeiter bringt das nichts. Gemäss einer Vereinbarung mit der staatlichen Krankenversicherung sei es «Illapa nicht gestattet, Dienstleistungen für Dritte zu erbringen», schreibt Glencore auf Anfrage.

Der vergiftete Fluss

Bevor wir abreisen, wollen wir noch einem weiteren Punkt nachgehen, der in den letzten Tagen von mehreren der Frauen und Männer, mit denen wir gesprochen haben, beklagt worden ist: der Verschmutzung des Trinkwassers unterhalb der Mine.

Als wir dem Bürgermeister Fredy Lugo, mit dem wir auch schon darüber gesprochen haben, nochmals einen Besuch abstatten, zeigt er durch das Fenster seines Büros plötzlich unvermittelt auf zwei traditionell gekleidete Frauen, die draussen auf dem Dorfplatz stehen. «Geht und sprecht mit ihnen», sagt er, «die können euch erzählen, wie es ist, unterhalb der Mine zu leben.»

Wir gehen raus und sprechen die beiden Frauen an. Ein Redeschwall bricht auf uns ein. Sie kommen aus dem Dörfchen Churcuita, das einige Hundert Höhenmeter unterhalb des Minengebiets liegt. Das Wasser aus dem Fluss, früher ihre primäre Trinkwasserquelle, könne man nicht mehr trinken, sagt die 57-jährige Damiana Apaza. Bis heute baue sie Favabohnen an, Kartoffeln, Mais und Gemüse, aber



Die für die Gemeinde Porco tätige Umweltingenieurin Marcela Rojas ärgert sich über die Untätigkeit der Behörden des Departements.

der Ertrag sei nicht einmal mehr halb so gross wie vor zwanzig Jahren. Die Milch und das Fleisch ihrer Lamas und Ziegen seien kaum mehr geniessbar, die Forellen, die es früher im Bach gehabt habe, seien längst verschwunden. «In Churcuita kann man nicht mehr leben», sagt sie.

Wir machen uns auf, selbst einen Augenschein zu nehmen in einem von den Minenaktivitäten betroffenen Dorf. Zusammen mit Umweltingenieurin Marcela Rojas Aroni steigen wir in einen Minibus. Sie arbeitet seit gut drei Jahren für die Gemeinde Porco – und hat in dieser Zeit unter anderem zwei detaillierte Untersuchungen zu den Umweltauswirkungen der Minenaktivitäten und zur Wasserqualität in den unterhalb der Mine gelegenen Gemeinden durchgeführt. Im Örtchen Sora Molino steigen wir aus. Marcela Rojas führt uns zur einstigen Trinkwasserquelle des Dörfchens: dem Fluss «Agua Castilla». Jetzt in der Trockenzeit ist es eher ein Rinnsal, mit rötlichem Schimmer und von Schaumbläschen gekrönt.

Das Fünfzigfache des Höchstwerts

Im September 2019 hat Marcela Rojas hier im Fluss, der für die Bewohner stets die wichtigste Trinkwasserquelle gewesen war, um sechs Uhr morgens Proben genommen und diese danach in einem Labor analysieren lassen. Die Resultate waren höchst beunruhigend. Der zulässige Höchstwert für Rückstände von Zink im Trinkwasser

beträgt in Bolivien wie in der Schweiz 5 Milligramm pro Liter. Im Wasser von Sora Molino wurde mit 30,6 Milligramm pro Liter eine sechsmal so hohe Konzentration des Metalls gemessen, welches in hoher Konzentration nicht nur Pflanzen, sondern auch den menschlichen Organismus schädigt. Eisen, das insbesondere die Leber schädigt, wurde in einer Konzentration von 8,51 Milligramm pro Liter gemessen – mehr als das 28-fache des in Bolivien zulässigen Höchstwerts von 0,3 Milligramm. Mangan, das sich in hoher Konzentration auf kognitive und motorische Fähigkeiten auswirkt, fand sich in Sora Molino in einer Konzentration von 5,29 Milligramm pro Liter: Mehr als das Fünfzigfache des bolivianischen Grenzwerts von 0,1 Milligramm, mehr als das Hundertfache des Höchstwertes in der Schweiz.

Letzten Januar hat Marcela Rojas ihren Bericht zuhänden der Departementsregierung in Potosí eingereicht. Was ist seither geschehen?

«Das ist das Frustrierende», sagt sie. Nur die Behörden des Departements hätten die Kompetenz, Sanktionen zu verhängen und allenfalls eine Anlage eine Zeit lang stillzulegen, bis sie saniert ist. Aber das sei noch nie vorgekommen. Ein, zwei Mal pro Jahr begleite sie jemand vom «Sekretariat der Mutter Erde», dem Umweltministerium, auf einer Inspektion, und danach geschehe jeweils ... nichts.



Ihren Mann hat sie verloren, auf ihren Feldern wächst kaum mehr was. «Uns hat man einfach vergessen», sagt Juana Choque.

Zusammen mit der Umweltingenieurin machen wir uns auf zu den wenigen Häusern des Dörfchens, die nicht zerfallen und noch mit intakten Strohdächern bedeckt sind. Am Hang oberhalb sind Reste von Mauerchen zu sehen, Zeugen der Terrassen, auf denen einst Lebensmittel angebaut wurden. Jetzt wächst dort nur noch Gestrüpp. Vor einem Hof wachsen auf einem kleinen Feld zarte Pflänzchen, an denen dereinst Favabohnen reifen sollen. Auf einem Fenstersims liegen Lamafelle zum Trocknen aus, irgendwo bellt ein Hund, nur Menschen sehen wir nicht. Wir wollen uns gerade davonmachen, als wir in der Ferne einen Pickup entdecken, der in unsere Richtung gefahren kommt. Auf der Ladefläche drängt sich eine Gruppe schwarz gekleideter Frauen und Männer.

«Das Wasser aus dem Fluss ist vergiftet. Wenn unsere Lamas davon trinken, verenden sie.»

Juana Choque

Es sind Familienangehörige der 42-jährigen Juana Choque, die sich uns als «Witwe von Xenon Cruz» vorstellt. Vor genau einem Monat ist ihr Ehemann verstorben,

mit 46 Jahren. Die Trauerfamilie ist hierhin gekommen, um ihm die Ehre zu erweisen. Juana Choque deutet zu einem einsamen Kreuz, das zwischen Büschen im Boden steckt. «Hier ist er begraben, und hier will auch ich mal begraben werden.»

Xenon Cruz hatte in der Mine gearbeitet, wie fast alle gesunden Männer hier. Er war bei der Firma Illapa angestellt – bis er im Jahr 2007 unter eine Maschine geriet und sich schwer verletzte. Ganz gesund wurde er nie mehr. Von der Firma habe er lediglich eine Minirente erhalten, weniger als ein Drittel seines vorherigen Verdienstes, deshalb sei er trotz seiner Beschwerden wieder arbeiten gegangen, in die Richtung einer der Kooperativen. Bis er vor einem Monat nach gesundheitlichen Komplikationen verstarb.

Sie wisse nicht, wie sie nun ihre fünf Kinder und sich selbst ernähren solle, sagt Juana Choque. Denn hier in Sora Molina, wo sie vor 25 Jahren hingezogen ist, «als alles noch grün war», könne man kaum mehr leben. Das Wasser aus dem Fluss sei vergiftet, «wenn unsere Lamas davon trinken, verenden sie.» Das komme immer wieder vor. Wenn es nicht gerade ausgesprochen viel regne, verende alles, was sie pflanzten, die Kartoffeln der letzten Ernte seien hart gewesen und gerade noch so gross wie ein Daumen, sagt Juana Choque, und jetzt gelingt es ihr nicht mehr, die Tränen zurückzuhalten. «Uns hat man einfach vergessen.» →

Natürlich stellt sich auch hier die Frage: Wer ist verantwortlich für das vergiftete Wasser in den Gemeinden unterhalb der Mine Porco? Die Firma Illapa, die maschinell und unter grossem Wassereinsatz abbaut? Oder die kaum regulierten Kooperativen? Im Gegensatz zu den Kooperativen verfüge die Glencore-Tochtergesellschaft über eine gültige Umweltlizenz, sagt die Umweltingenieurin Marcela Rojas. Bei einem Audit der Anlagen von Illapa im März habe man allerdings einige Probleme festgestellt: So seien Zink und Bleilager nicht ausreichend abgedeckt gewesen und es hätten Kanäle gefehlt, die verhindern würden, dass Rückstände in den Fluss geraten. Im Weiler Playa Verde, der unterhalb eines von Illapa betriebenen Rückhaltebeckens liegt, hat ihre Behörde aufgrund von Reklamationen der Bewohner die Wasserqualität getestet – und Rückstände unter anderem von Blei, Eisen und Zink über dem zulässigen Höchstwert gefunden. Und schliesslich würden sogenannte saure Grubenwässer nur unzureichend zurückgehalten.

Was Glencore sagt

Anna Krutikov von Glencore bestätigt auf Anfrage das Audit vom März 2020 und schreibt, im offiziellen Inspektionsbericht seien keine Umweltverstösse festgestellt worden. Die Empfehlungen für das Management der sauren Grubenwässer seien «adressiert» worden. In Bezug auf die Wasserqualität arbeite man mit der Gemeindebehörde von Porco zusammen, «um ihre Bedenken besser zu verstehen».

Auch auf Nachfrage gibt Glencore nicht preis, welcher Anteil des von den Kooperativen geförderten Erzes von Illapa aufgekauft wird: das seien «sensible Geschäftsinformationen».

Auch wir hätten vor Ort gerne mit dem Verantwortlichen der Firma Illapa gesprochen und unsere Bedenken vorgebracht. Doch ein in Aussicht gestelltes Treffen mit dem Illapa-Verantwortlichen in Potosí fand schliesslich nie statt, und als wir unser Glück am Hauptsitz in La Paz versuchten, hiess es am ersten Tag, leider seien alle Verantwortlichen gerade in Sitzungen, und am zweiten, leider seien alle Verantwortlichen gerade im Home-Office und nicht erreichbar. Die Fragen, die wir daraufhin schriftlich einreichten, wurden uns schliesslich vom Glencore-Hauptsitz in Zug aus beantwortet.

In Bezug auf Abkommen mit den Kooperativen schreibt uns die Glencore-Nachhaltigkeitschefin Anna Krutikov, Illapa habe «keine Vereinbarungen mit Kooperativen». Sobald die Firma den Abbau in bestimmten Teilen des Konzessionsgebiets beendet habe, informiere

sie Comibol, die staatliche Bergbaugesellschaft – welche dann diese Gebiete Kooperativen zuweisen könne. Zumindest indirekt bestimmt der Konzern also durchaus mit, wo die Kooperativen arbeiten dürfen. Illapa überlasse ihnen nur «la basura» – den Müll –, beklagen uns gegenüber denn auch mehrere «Socios» von Kooperativen.

Und bei der Fedecomín, dem Verband der Minenkooperativen, sagt man uns, neben den offiziellen Verträgen mit Comibol gebe es direkte, informelle Absprachen und Übereinkommen zwischen der Firma und den Kooperativen. Aber diese seien oftmals nicht schriftlich und hätten «keinen legalen Status».

Auch auf Nachfrage gibt Glencore nicht preis, welcher Anteil des von den Kooperativen geförderten Erzes von Illapa aufgekauft wird: Das seien «sensible Geschäftsinformationen». Die Abnahmeverträge mit den Kooperativen unterlägen aber einer sorgfältigen Prüfung «in Bezug auf wirtschaftliche, rechtliche und betriebliche Aspekte», inklusive Sicherheitsaspekte und dem Risiko von Kinderarbeit, gemäss den «Glencore Supplier Standards».

In diesen steht unter anderem geschrieben, man erwarte von den Zulieferern eine «Nulltoleranz gegenüber jeglicher Form moderner Sklaverei, einschliesslich (...) Kinderarbeit» und dass sie für «eine sichere und gesunde Arbeitsumgebung einschliesslich angemessener persönlicher Schutzausrüstung» sorgten.

Fragwürdige Sorgfaltsprüfung

Führt man sich die Verhältnisse in Porco vor Augen, erscheinen diese Ausführungen geradezu abstrus. Dass ein Grossteil der Minenarbeiter über keine adäquate Sicherheitsausrüstung verfügt, dass viele von ihnen offensichtlich noch nicht volljährig sind – das sieht jeder und jede, der oder die sich frühmorgens oder am Feierabend in Porco umsieht. Man muss sich fragen: Was genau prüft eine Sorgfaltsprüfung, die das nicht erkennt?

Zu den Kontrollen am Eingang der Mine schreibt Glencore, man registriere die Personen, die das Areal betreten, und kontrolliere unter anderem, dass persönliche Schutzausrüstung getragen werde. Illapa habe aber keine Befugnis, Kooperativenarbeitern irgendwelche Auflagen zu machen. Sinchi Wayra, die Holding, zu der die Illapa S.A. gehört, teilte ihrerseits 2019 gegenüber dem Global Compact der UNO mit, man stehe regelmässig im Dialog mit den Kooperativen in Bezug auf «wichtige Themen wie Sicherheitsausrüstung, Einsatz von Kinderarbeit und Umweltbelastung». (Der Global Compact ist ein weltweiter Pakt zwischen Unternehmen und der UNO, um die Globalisierung sozialer und ökologischer zu gestalten.)

Man plane auch, die Kooperativen zu besuchen, um sich davon zu überzeugen, dass diese «unsere Bedingungen tatsächlich einhalten». Ob diese Besuche stattgefunden haben, wissen wir nicht. Was man wohl sagen kann: Falls

ja, hatten sie offenbar den gleichen Effekt wie der Dialog oder die wohltuend bestimmt klingenden Formulierungen in den Standards für Zulieferer – keinen merklichen.

Hürdenlauf im Behördenschungel

Auch Comibol hätten wir gerne die eine oder andere Frage gestellt: Was unternimmt sie, um die gesetzlosen Zustände bei den Kooperativen zu regulieren? Wo sieht sie die Firma Illapa als Betreiberin der Mine in der Verantwortung?

Das Unterfangen, bei der bolivianischen Behörde Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden, lässt sich vielleicht am adäquatesten als «Hürdenlauf im Kreis» beschreiben. Als erstes versuchen wir es bei der Regionalstelle in Potosí, die uns an den Hauptsitz in La Paz verweist. Wir gehen auch dort vorbei. Die Arbeitsbedingungen bei den Kooperativen zu überprüfen, sei schwierig, und sie zu verbessern erst recht, sagt uns der freundliche Presseverantwortliche. Die Kooperativen entzögen sich leider der Kontrolle der Firma wie auch seiner Behörde, räumt er freimütig ein.

Aber zu Verträgen oder Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Mine Porco könne er uns leider nichts sagen, und jene, die dies könnten, seien allesamt in Sitzungen, den ganzen Tag lang. Wir sollten die Fragen schriftlich stellen. Nachdem ich das getan habe, wird es skurril: Nach zwei Tagen Bedenkzeit teilt uns der Pressesprecher mit, ich müsse die Fragen dem Comibol-Präsidenten direkt zu-

stellen. Auch das mache ich, und schliesslich kriege ich von diesem ein Schreiben zugestellt: Er müsse mich leider bitten, einen formellen Antrag zu stellen, um sicher sein zu können, dass ich tatsächlich jene Person sei, die die Fragen gestellt hat. Ich gebe auf.

«Wir setzen uns für die Menschenrechte ein und unterstützen die nachhaltige, langfristige Entwicklung der lokalen Gemeinschaften, in denen wir tätig sind», schreibt Glencore auf seiner Nachhaltigkeitsseite. Welche Nachhaltigkeits-Bemühungen der Konzern konkret in Bolivien unternimmt, geht aus dem jüngsten, 97 Seiten langen Nachhaltigkeitsbericht nicht hervor. Glencores Aktivitäten in Bolivien finden darin schlicht keinerlei Erwähnung.

Das Urteil von Juana Choque, der Witwe aus Sora Moina, ist gemacht. «Die Firma hat meinem Mann alle Kraft genommen und ihn weggeworfen wie einen Hund», sagt sie, «und hier kann man wegen des vergifteten Wassers nicht mehr leben.» ■



Lesen Sie diese Reportage mit zusätzlichen Fotos auch online: stories.publiceye.ch/glencorebolivien



Socar – Feuer und Flamme für so vieles

Der staatliche Ölkonzern von Aserbaidschan versucht mit grossem Sport- und Kultursponsoring zu bestechen – in ganz Europa und besonders in der Schweiz, wo Socar das Esso-Tankstellennetz aufgekauft und seine wichtigste Handelsniederlassung angesiedelt hat. Doch sein Image hat stark gelitten, seit das Mutterunternehmen in den Sog der Kriegspropaganda von Präsident Alijew geraten ist. Aber auch, seit der Name Socar am Rande einer weitreichenden maltesischen Korruptionsaffäre auftauchte, die vermutlich zur Ermordung der Journalistin Daphne Caruana Galizia führte.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ UND AGATHE DUPARC



Etwas unbeholfen erscheint ein neuer Socar-Partner nach dem anderen auf dem Bildschirm. In Videos auf Youtube rühmen sie die Vorzüge der «eleganten, modernen und dynamischen» aserbaidischen Marke, deren Logo nunmehr die zu ihrer Autogarage oder ihrem Transportunternehmen gehörige Tankstelle zielt. Für den Bieler Händler, der «sehr viel Werbematerial» erhalten hat, bestehen keine Zweifel mehr: «Socar ist eine Schweizer Marke geworden.»

Wir schreiben das Jahr 2014, zweieinhalb Jahre nach der Übernahme des Schweizer Netzes von 160 Esso-Tankstellen durch Socar Energy Switzerland. Der staatliche Öriese aus Aserbaidschan, dem heute 200 Tankstellen in der ganzen Schweiz gehören – über 60 davon mit einem Migrolino-Shop, dessen Personal direkt bei der Schweizer Tochter des aserbaidischen Konzerns angestellt ist – ist voll auf Verführungskurs.

Socar betreibt auf Twitter Kriegspropaganda

Dabei könnte fast in Vergessenheit geraten, dass Socar eine staatliche Gesellschaft unter der Gewalt des Clans um Präsident Alijew ist, Aserbaidschans Alleinherrscher seit der Unabhängigkeit des Landes 1991. Mithilfe des riesigen Staatskonzerns, einer wahren Geldmaschine, wird Europa mit Petrodollars überschwemmt und eine moderne Armee unterhalten, die im jüngsten Konflikt die armenische Bevölkerung in Bergkarabach in die Flucht trieb. Socar teilte die militärische Begeisterung vollumfänglich, wie die patriotischen und kriegslustigen Tweets des Staatskonzerns während des gesamten Konflikts zeigen.

Diese Haltung steht in krassem Gegensatz zu Socars bisherigen Bemühungen. Seit einem Jahrzehnt zückt der



«Unsere Stärke liegt in unserer Einheit»: Kriegspropaganda auf dem Twitter-Account von Socar

Links: Socar-Hauptsitz in Baku

Konzern mit seinem 49-Milliarden-Dollar-Umsatz (2019) jederzeit gerne sein Scheckheft, um die Herzen der Europäerinnen und Europäer zu erobern. Ihre Königsdisziplin hat er sich auf jeden Fall gekauft: den Fussball. Für einen geheim gehaltenen Betrag überzeugte Socar die Uefa mit Sitz in Nyon, eine seiner Hauptpartnerinnen zu werden und Aserbaidschan zahlreiche europäische Prestigespiele im weit entfernten Baku zuzuspielen.

Auch Musikbegeisterte will die Hauptstadt verzaubern. Aserbaidschan gewann 2011 den Eurovision Song Contest und war im darauffolgenden Jahr Gastland. Socar schaffte es zudem, sein damaliges Bohrturm-Logo neben demjenigen des Montreux Jazz Festival zu platzieren (und zahlte dafür 400 000 Franken). Der Bohrturm wurde inzwischen durch eine Flamme in den Farben der aserbaidischen Flagge ersetzt, die noch immer stolz an der Seite der «Co-Partner» des Festivals lodert.

Socar wählte ausserdem die Schweiz als Standort für seine wichtigste Handelsfiliale, die Socar Trading SA. Die Ende 2007 diskret in Genf eingetragene Firma hat sich als bedeutende Akteurin im Öl- und Gashandels-geschäft durchgesetzt und mit hohen Löhnen etliche Spezialistinnen und Spezialisten in ihre Reihen gezogen, die die «Professionalität» ihrer Arbeitgeberin in den höchsten Tönen loben. Und auf politischer Ebene macht die intensive bilaterale Zusammenarbeit zwischen Bern und Baku die kleine Kaukasusrepublik zu einer privilegierten Partnerin in der ehemaligen Sowjetunion.

«Es ist ganz einfach: Socar hält Aserbaidschan am Leben und sein Geschäftsführer hat viel mehr Macht als ein Minister. Er muss unweigerlich ein Vertrauter des Präsidenten Ilham Alijew sein», bringt es eine der Genfer Tochterfirma nahestehende Person auf den Punkt und karikiert die ausländischen Angestellten von Socar, die «in diesem hochpolitischen Kontext eine Pflicht zur Neutralität kennen, wie die drei kleinen Affen, die sich Augen, Mund und Ohren zuhalten.»

Die Verhaftung, die alles ändert

Was immer schwieriger fällt. Der Name Socar ist mehrmals in den Medien aufgetaucht, im Kontext einer ebenso peinlichen wie schmutzigen Affäre. Alles beginnt mit einer abenteuerlichen Verhaftung mitten auf dem Mittelmeer. Am 20. November 2019 um halb sechs Uhr früh wird der Geschäftsmann Yorgen Fenech von der maltesischen Polizei auf seiner Luxusyacht mit Kurs auf Sizilien verhaftet. Der 39-jährige Malteser ist Erbe eines Hotel- und Casinokonglomerats. Vor allem aber ist er auch Socars lokaler Partner auf der kleinen Insel. Dank seines Geschicks konnte der aserbaidische Konzern eines seiner ambitioniertesten Projekte verwirklichen: den Bau und ab 2017 den Betrieb des neuen Gaskraftwerks Delimara im Südosten Maltas, das von Socar mit Flüssigerdgas (LNG) beliefert wird. →



© REUTERS/Darrin Zammit Lupi
Trauer um Daphne Caruana Galizia: Die maltesische Bloggerin und Investigativjournalistin wurde am 16. Oktober 2017 ermordet.

Yorgen Fenech schläft heute im Gefängnis, er wird der «Beihilfe zum Mord» beschuldigt. Aufgrund der belastenden Beweislage wird er verdächtigt, die Ermordung der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia am 16. Oktober 2017 in Auftrag gegeben zu haben (siehe Infografik Seite 22). Kurz bevor sie bei der Explosion ihres Autos ums Leben kam, stellte die Journalistin und Bloggerin Untersuchungen zu möglichen Veruntreuungen in Zusammenhang mit dem Kraftwerk an. Sie hatte 680 000 vertrauliche E-Mails und Dokumente von Electrogas Malta Ltd. erhalten, dem Konsortium, an das im Frühling 2013 der 450-Millionen-Euro-Auftrag zum Bau des Gaskraftwerks vergeben worden war. Socar Trading SA hält 33,3 % der Aktien, ebenso der deutsche Grosskonzern Siemens. Das restliche Drittel wird von einem dritten Unternehmen kontrolliert, dessen Aktionär Yorgen Fenech ist. In Malta läuft derzeit eine Ermittlung gegen Electrogas.

Am Genfer Stammsitz der Socar Trading SA zeigt man sich verblüfft über den Sturz des maltesischen Geschäftsmanns. «Socar war sehr stolz auf dieses Projekt, das ganz aus Genf gesteuert wurde. Es ging darum, Schwer- und Gasöl und Diesel, die sehr umweltschädlich sind, durch Flüssigerdgas zu ersetzen, das Socar nach Malta importierte», gibt eine Quelle aus dem Bankwesen preis. Der aserbaidische Riese versucht nun, solche grossen, integrierten und «vorbildlichen» Projekte in Afrika zu vermarkten – schliesslich geht die nationale Rohölproduktion zurück, während das Gas im Überfluss zur Verfügung steht. Zudem weihte Aserbaidschan im Oktober zusammen mit der Europäischen Union die

Trans Adriatic Pipeline (TAP) ein, eine Gaspipeline, die Erdgas aus dem Kaspischen Meer nach Westeuropa befördern soll. Der Sitz der Firma, die die TAP verwaltet, befindet sich in der Schweiz, konkret im steuergünstigen Baar im Kanton Zug.

«Für die Geschäftsleitung war Fenechs Verhaftung ein Schlag ins Gesicht.» Ein Genfer Trader

«Für die Geschäftsleitung war Fenechs Verhaftung ein Schlag ins Gesicht. Sie fiel aus allen Himmeln. Es ist sehr schwer zu schlucken, dass man als mafiöses Unternehmen abgestempelt wird, das an einem Mord beteiligt gewesen sein soll», erklärt ein Genfer Trader. In Baku soll Socars Präsident explodiert sein: «Wir versuchen, unser Image aufzubessern, und dann passiert so etwas!», soll er ausser sich vor Wut gesagt haben.

Nun zeigt sich die Kehrseite der Medaille. Seit zwei Jahren untersuchen verschiedene internationale Medien Fenechs undurchsichtige Geschäfte im Rahmen des Daphne Project; sie stützen sich dabei auf Dokumente, zu denen auch Public Eye Zugang hatte.

Die Recherche teams entdeckten, dass die in Dubai eingetragene Firma 17 Black Limited im Herbst 2015 mehrere Millionen Dollar von Unternehmen erhalten hatte, deren wirtschaftlich Berechtigte alle Aserbaidschaner waren.



Der maltesische Geschäftsmann Yorgen Fenech wird der Beihilfe zum Mord an der Bloggerin Daphne Caruana Galizia beschuldigt.

Hinter 17 Black Limited (später in Wings Development umbenannt) steckte niemand anderes als Yorgen Fenech, wie die Nachrichtenagentur Reuters und die «Times of Malta» enthüllten. Dieses Konstrukt hatte Daphne Caruana Galizias Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie hatte jedoch nicht die Zeit gehabt, die Geheimnisse zu entschlüsseln.

Ein ehemaliger U-Bahn-Angestellter als Strohmann

Ein von uns konsultierter Bericht der maltesischen Anti-Geldwäscherei-Behörde Fiau machte zwei als «suspekt» bezeichnete Überweisungen in einer Höhe von insgesamt 1,4 Millionen Dollar aus, die am 17. und 26. November 2015 an 17 Black Limited bezahlt worden waren. Das Geld kam von Mayor Trans Limited, einer auf den Seychellen registrierten Firma mit Konten in Montenegro und Lettland, deren letztendlich Begünstigter (ultimate beneficial owner, UBO) zu dieser Zeit ein gewisser Rufat Baratzada war. Gemäss Entdeckungen von Reuters sieht der aserbaidische Bürger ganz nach einem Strohmann aus: Es handelt sich um einen ehemaligen U-Bahn-Angestellten, der in einer bescheidenen Wohnung in Baku lebt.

Die Ermittlungsbehörden in Malta interessierten sich ausserdem für zwei Firmen aus Panama, die Ende 2015 gegründeten Hearnville Inc. und Tillgate Inc., deren wirtschaftlich Berechtigte zwei maltesische Amtsträger waren: Konrad Mizzi, der maltesische Energieminister, der den Bau des neuen Gaskraftwerks unterstützt hatte, und Keith Schembri, der Stabschef des damaligen Premierministers Joseph Muscat, der das Dossier ebenfalls mitverfolgte. In einer E-Mail vom 17. Dezember 2015 ist zu lesen,

die Konten der beiden Firmen würden «innerhalb eines Jahres Einnahmen von 2 Millionen Euro generieren», und zwar dank monatlicher Zahlungen in Höhe von 150 000 Euro von 17 Black Limited und einem anderen Konstrukt.

Ob Yorgen Fenech den Herren Mizzi und Schembri das Geld tatsächlich überwiesen hat, ist nicht bekannt. Jedenfalls mussten die beiden nach seiner Verhaftung zurücktreten.

Die maltesische Polizei ermittelt derzeit wegen Verdachts auf Geldwäscherei und Korruption in Zusammenhang mit dem Kraftwerksvertrag. Die mysteriöse Mayor Trans Limited, die in Malta keine bekannten Aktivitäten betrieb, soll für korrupte Zahlungen benutzt worden sein. Bisher unbeantwortet ist die Frage, ob dieses Konstrukt im Auftrag der Socar Trading gehandelt haben könnte.

Bis Redaktionsschluss konnte keine formelle Verbindung zwischen den beiden Unternehmen hergestellt werden. Doch Public Eye ist an ein weiteres Teil des riesigen Puzzles gelangt. Laut unseren Informationen erschien Rufat Baratzada bei der Eröffnung des Kontos von Mayor Trans Limited in Montenegro als Unterzeichner, wohingegen der letztendlich Begünstigte (UBO) ein gewisser T. H. war. Auf LinkedIn sind unter diesem Vor- und Nachnamen mehrere Personen registriert, darunter ein Socar-Ingenieur mit lapidarem Profil. Ein Element, das zwar nicht ausreicht, um eine Verbindung zu bestätigen, aber doch irritiert.

Finanzakrobatik noch und noch

Ab 2015 betreute eine bekanntere Figur das maltesische Kraftwerksprojekt von Genf aus: Turab Musayev, aserbaid-



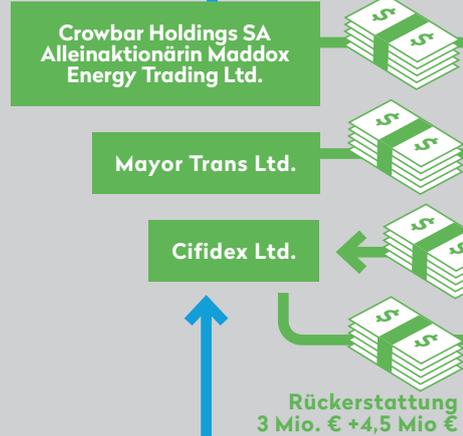
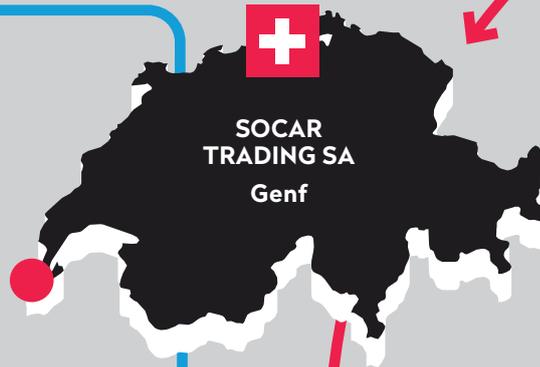
DAS UN DURCHSICHTIGE NETZWERK VON SOCAR

– Geldflüsse – Beziehungen – Aktienbeteiligung



Mariam Almaszade

CEO von Socar Trading SA, früher CEO von Maddox SA und Direktorin Crowbar Holdings SA



Socar Trading SA hält 33% der Aktien von Electrogas Malta Ltd.



Turab Musayev

Projektleiter Gaskraftwerk Delimara. Früher Verwaltungsrat von Electrogas Malta. Auch als unabhängiger Berater von Socar Trading SA beschrieben. Beziehung zu Cifidex Ltd.

Yorgen Fenech wird der Beihilfe zum Mord an der Bloggerin Daphne Caruana Galizia beschuldigt und ist aktuell in Haft.

Stand 17. Dezember 2020

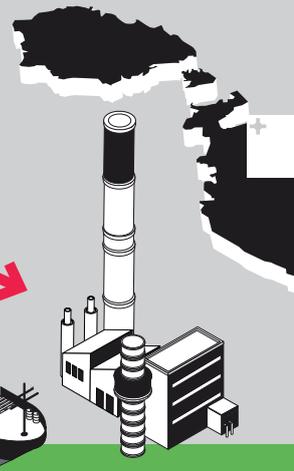
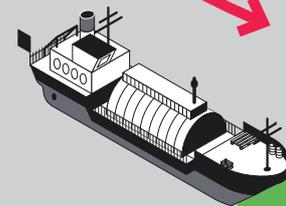


Daphne Caruana Galizia

Maltesische Bloggerin und Investigativjournalistin. Am 16. Oktober 2017 ermordet



Kurz vor ihrem Tod hatte Daphne Caruana Galizia rund 680 000 vertrauliche und interne Mails und Dokumente zu Electrogas Malta erhalten.



Electrogas Malta Ltd.

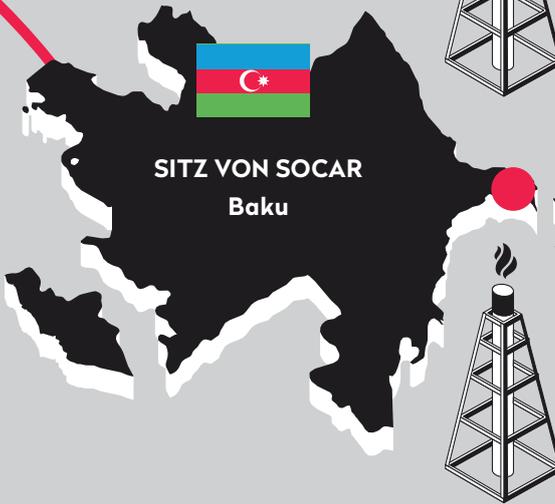
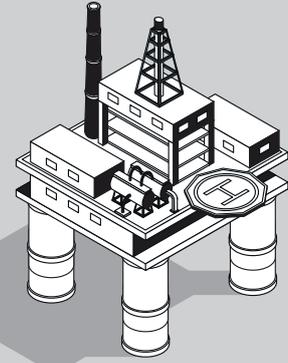
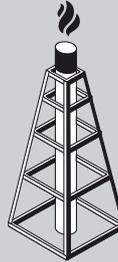
Gaskraftwerk Delimara, betrieben vom Konsortium Electrogas Malta.



Rovnag Abdoullayev
Verwaltungsratspräsident
Socar



Ilham Aliyev
Präsident von Aserbaidschan



2,3 Mio. €
Nov. 2015

1,4 Mio. \$
Nov. 2015

Darlehen von
3 Mio. €
Dez. 2015

17 Black Ltd.

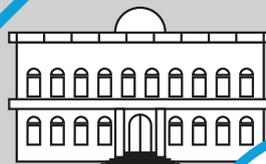
Firma im Besitz von
Yorgen Fenech; in
den Panama Papers
aufgeführtes
Unternehmen



Yorgen Fenech
Geschäftsmann aus Malta,
Aktionär Electrogas Malta.
Verbindung zu Musayev und
den Mitgliedern der Regierung
Muscat



Joseph Muscat
Premierminister von Malta
von 2013 bis 2020



Konrad Mizzi
Energieminister in der
Regierung Muscat



Keith Schembri
Ehemaliger Kabinettschef im
Büro von Premierminister Muscat





Das Gaskraftwerk Delimara, das vom Konsortium Electrogas Malta betrieben wird.

schanisch-britischer Doppelbürger. Eine Quelle berichtet, dieser Geschäftsmann mit sehr westlichem Habitus sei von der Socar Trading «aufgrund seiner Kompetenzen im Gassektor» eingestellt worden und sei «auch mit dem Aufbau des heute sehr gut funktionierenden Flüssigerdgas-Desks in London betraut» gewesen. Offiziell hatte Turab Musayev den Status eines Beraters.

Innerhalb des Electrogas-Konsortiums sicherte sich die Socar Trading das beste Kuchenstück und erreichte, dass der maltesische Staat sie während zehn Jahren damit betraute, das neue Kraftwerk mit Flüssigerdgas (LNG) zu versorgen. Und da Socar Trading dieses LNG nicht selbst liefern konnte, unterzeichnete sie im April 2015 einen Kaufvertrag mit dem Riesen Shell, der im Übrigen auch für die Beförderung des Produkts nach Malta und die anschliessende Lagerung zuständig war. Socar Trading nahm damit also eine reine Vermittlerrolle ein. Reuters berechnete, dass die Genfer Socar-Tochter 2015 zwar 113 Millionen Dollar für den Kauf von LNG ausgab, dieses aber anschliessend für 153 Millionen an Electrogas weiterverkaufte und damit 40 Millionen Dollar Gewinn machte. Mehrere Brancheninsider äusserten Zweifel an der Rationalität dieses Geschäfts und fragten sich, warum Electrogas das Flüssigerdgas nicht direkt und damit deutlich günstiger bei Shell bezogen hatte.

Mehrere Brancheninsider äusserten Zweifel an der Rationalität dieses Geschäfts und fragten sich, warum Electrogas das Flüssigerdgas nicht direkt und deutlich günstiger bei Shell bezogen hatte.

Wie Reuters im Juni 2020 enthüllte, bestand auch im Rahmen eines anderen Grossprojekts eine persönliche Verbindung zwischen Turab Musayev und Yorgen Fenech: zum Windpark Mozura in Montenegro. Und auch hier stösst man auf einen zumindest verworrenen Deal: Im Dezember 2015 erwarb die staatliche maltesische Energiegesellschaft Enemalta 99 % der Aktien des Windparks von einer Offshore-Firma namens Cifidex Limited für 10,3 Millionen Euro. Zwei Wochen zuvor hatte diese auf den Seychellen ansässige Briefkastenfirma denselben Anteil für 2,9 Millionen Euro gekauft.

Involviert in die ausgeklügelte Transaktion war die berühmte 17 Black Limited: Sie hatte Cifidex 3 Millionen Euro vorgeschossen und sich den Betrag anschliessend zurückzahlen lassen – mit einem Zuschlag von 4,5 Millionen Euro «Gewinnbeteiligung».

Reuters zufolge kontrollierte Turab Musayev die Firma Cifidex, was der aserbaidische Geschäftsmann jedoch abstritt. Er drohte, gegen fünf maltesische Medien

zu klagen, die diese Information ebenfalls veröffentlicht hatten. Im vergangenen August brachte die Daphne Foundation neue Beweise für die Beteiligung des aserbaidischen Geschäftsmanns an diesem Konstrukt zutage. Im Dezember 2019 trat Turab Musayev auf leisen Sohlen aus dem Verwaltungsrat von Electrogas Malta zurück.

Was weiss die Chefin von Socar Trading?

Mariam Almaszade, seit Juni 2018 CEO von Socar Trading, könnte wohl einige Fragen beantworten. In einem früheren Leben arbeitete die aserbaidische Juristin, die in der Schweiz studiert hatte, bei der damaligen Genfer Kanzlei De Cerjat Prensilevich De Blasi. Wie mehrere von uns konsultierte E-Mails zeigen, war sie von 2012 bis 2015 mit der Verwaltung mehrerer Firmen betraut. Ihr Auftraggeber war Rovshan Tamrazov, ein aserbaidischer Geschäftsmann mit einem Profil, das stutzig macht. Im Internet findet man weder Artikel noch Bilder des offiziellen Inhabers der Handelsfirma Maddox SA, die seit 2013 in Genf ansässig ist, sowie ihres Offshore-Gegenstücks Maddox Energy Trading, das 2010 auf den britischen Jungferninseln eingetragen wurde und dessen einzige Aktionärin ab März 2011 eine andere, ebenfalls dort ansässige Gesellschaft namens Crowbar Holdings war.

Von 2012 bis 2015 war Mariam Almaszade die alleinige Geschäftsführerin der Crowbar Holdings. Der Recherchedesk der «Tribune de Genève» deckte vor Kurzem auf, dass die Offshore-Gesellschaft am 24. November 2015 über 2,3 Millionen Euro auf das Konto von Yorgen Fenechs 17 Black Limited überwiesen hatte. Der Grund für diese Zahlung bleibt rätselhaft.

Rechtshilfesuch aus Malta in Sachen Socar Trading

Ein ehemaliger Genfer Trader, der sich bis 2013 im Umfeld Roshvan Tamrazovs bewegte, zeigte sich «sehr überrascht», da ihm zufolge «Maddox/Crowbar weder in Malta noch in Montenegro Geschäfte machte». Im vergangenen August ersuchte die maltesische Justiz die Bundesanwaltschaft um Rechtshilfe in Sachen Socar Trading. Sie interessiert sich insbesondere für die von Crowbar getätigte Zahlung. Die maltesische Anfrage sei in Bearbeitung, bestätigte uns ein Mediensprecher der Bundesanwaltschaft. Somit ist alles offen.

Schon lange wird in der Ölbranche über die engen Verbindungen zwischen Maddox und Socar Trading gemunkelt. Mariam Almaszade ist der lebende Beweis dafür. 2016 stieg sie ins Ölhandelsgeschäft ein, übernahm die Maddox SA und avancierte 2018 zur CEO von Socar Trading. Ein Banker, der die Händler und Händlerinnen der ehemaligen Sowjetunion bestens kennt, bestätigte, dass Maddox seit jeher in Socars Schoss gedieh. «Mariam Almaszade muss den Mächtigen Aserbaidischans wirklich nahestehen, um den Sprung von der kleinen Maddox zur riesigen Socar zu schaffen», erklärte er. →

Aserbaidischans Schicksal ist eng an den Rohölpreis gebunden

Das Erdöl hat Aserbaidischans reich gemacht. Innerhalb von 20 Jahren hat sich das Einkommen pro Kopf fast verzwanzigfacht. Doch grösster Profiteur ist der staatliche Ölkonzern Socar. Und dieser ist eng verbunden mit dem herrschenden Clan der Alijew.

Aserbaidischans ist wohl das einzige Land, das den Beginn des Erdölzeitalters, einen grossen Einbruch und darauf einen neuen Boom erlebt hat. In den Anfängen des 19. Jahrhunderts wird an den ersten Quellen von Hand Öl gepumpt, bevor rund um Baku eine Erdölindustrie entsteht, begünstigt durch Konzessionen an Privatunternehmen und eine florierende, der Industrie gewidmete Banktätigkeit. Rohöl ist im Überfluss vorhanden, die Familien Rothschild und Nobel investieren, Shell erobert die Region. Aserbaidischans ist zu dieser Zeit ein Eldorado des schwarzen Goldes. Die deutschen Truppen bleiben auf dem Weg zu Bakus Ölfeldern während des Zweiten Weltkriegs im Kaukasus stecken.

Dann beginnt die Produktion zurückzugehen – zum Übel all jener, die auf das Erdöl gesetzt hatten. Die Ölfelder

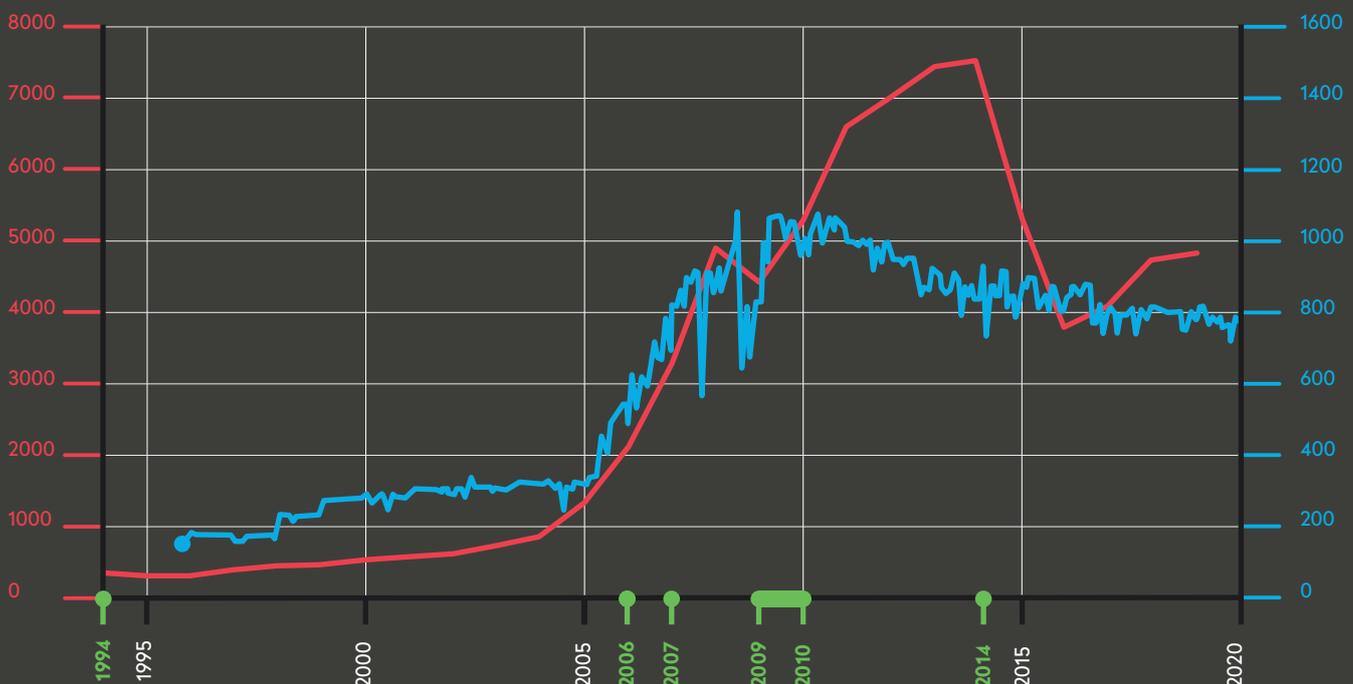
sind ausgebeutet, und weil nicht investiert wird, kommt es nicht zur Entdeckung oder Ausbeutung neuer Vorkommen. Aserbaidischans muss das darauffolgende Jahrhundert abwarten, um sein Produktionsniveau von 1940 wieder zu erreichen, das damals bei 475 000 Barrel pro Tag lag.

Wenn sich der Alijew-Clan heute so neureich aufgeführt, hat das damit zu tun, dass das durch feudale Strukturen geprägte Aserbaidischans seine Unabhängigkeit 1991, nach dem Untergang der Sowjetunion, als eines der ärmsten Länder weltweit erlangt. Drei Jahre später beträgt das Brutto-Inlandprodukt pro Kopf knapp 440 Dollar, fast 30 % der Kinder leiden an Unterernährung und der erste Krieg gegen Armenien endet mit dem Verlust der Kontrolle über Bergkarabach. Fast 30 000 Menschen verlieren im Konflikt ihr Leben (eine von Baku nie anerkannte Zahl).

Die Abhängigkeit von Aserbaidischans vom Rohöl

- 1994 Ende des ersten Kriegs um Bergkarabach
- 2006 Eröffnung der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline
- 2007 Gründung von Socar Trading SA in Genf
- 2009/10 Peak der Ölproduktion Aserbaidischans
- 2014 Einbruch des Ölpreises

- Brutto-Inlandprodukt pro Kopf von 1994 bis 2019 in Dollar
- Rohölproduktion von 1996 bis 2020 (in 1000 Barrel/Tag)



Wie Wunder und Segen zugleich taucht Azeri Light (das nationale Erdöl) auf. Dank neuer Offshore-Prospektionstechniken und bedeutender Investitionen von grossen Ölkonzernen werden ab der 1990er-Wende mithilfe von BP die Felder Azeri, Chirag und Guneshli im Kaspischen Meer erschlossen. Die Öleinahmen überschwemmen die Wirtschaft. 2006 machen sie nach Angaben der Weltbank fast 40% des aserbaidischen BIP aus. Zwischen 2009 und 2012 erreicht die nationale Produktion mit über einer Million Barrel pro Tag ihren Höhepunkt.

Ende 2007 wird in Genf die Socar Trading SA gegründet. Valery Golovushkin, zuvor beim russischen Öriesen Lukoil tätig, hat es geschafft, die grossen Bosse in Baku von der Notwendigkeit einer eigenen Handelsstruktur zu überzeugen. Das Kapital dieser neuen Firma macht stutzig, sind doch Golovushkin und ein gewisser Anar Alijew (kein Verwandter der Regierungsfamilie) über ein maltesisches Konstrukt mit je 25% beteiligt. Dies hindert die Genfer Banken Crédit Agricole, ING und Paribas keineswegs daran, fabulöse Kreditlinien zu gewähren. Valery Golovushkin schwebt Grosses vor. Er sagt, er wolle die Socar Trading «auf das Niveau von Gunvor oder Trafigura» hieven, zwei Giganten im Rohstoffgeschäft, die ihren Sitz ebenfalls in der Schweiz haben

Schon bald tauchen kleine Handelsfirmen mit aserbaidischen Aktionariat auf, die als Mittler zwischen dem Mutterhaus in Baku und der Tochtergesellschaft in Genf agieren. «In der Branche sagte man, sie würden verwendet, um in die Pensionsfonds bestimmter Socar-Führungskräfte einzuzahlen. Sie existierten zwei oder drei Jahre lang und verschwanden dann», erklärt ein ehemaliger Banker. Die einzige Überlebende ist die berühmt-berühmte Maddox, die immer noch im Geschäft ist.

Diese Situation dauert bis 2012, dann fällt Socar Trading zu 100% unter staatliche Kontrolle. Oder besser gesagt unter diejenige des herrschenden Clans. Bevor er nach dem Tod seines Vaters Heydar Ende 2013 die Macht im Land übernimmt, ist Ilham Alijew Socars Vizepräsident.

Diese Verbindung zur Staatsgesellschaft wird nie gekappt. Dies zeigt ein kurzer Blick auf Socars Twitter-Account. Jedes Mal, wenn über das Konto des Präsidenten (oder das seiner Frau, Vizepräsidentin Mehriban Alijew) gezwitschert wird, teilt Socar die Botschaft umgehend. Auch als am 27. September die Kampfhandlungen um Bergkarabach verkündet werden, zögert Socar nicht, den ersten Kriegsappell des Präsidenten zu verbreiten, ebenso wie alle anderen Nachrichten, die täglich zu Dutzenden folgen. In Aserbaidschan waren Öl und Macht schon immer eng verbunden.

Von Public Eye dazu befragt, antwortete uns Socar Trading über eine internationale, auf Reputationsmanagement spezialisierte Agentur. Die Genfer Filiale gab sich «zutiefst erschüttert über den Mord an Daphne Caruana Galizia», wollte sich aber nicht zur laufenden Untersuchung äussern. Socar Trading distanzierte sich von Turab Musayev, den sie als «ehemaligen unabhängigen Berater» bezeichnete, der seine eigenen Projekte realisieren konnte und dessen Dienste «von der Firma nicht mehr in Anspruch genommen werden». Gemäss Turab Musayevs Profil auf LinkedIn dauerte diese Beratungstätigkeit sieben Jahre und endete im Oktober 2020. Während dieser Zeit hatte der unabhängige Berater immerhin eine E-Mail- und Postadresse von Socar Trading, wie eine E-Mail zeigt, die in den Medien durchsickerte.

An den Schweizer Tankstellen, wo die blau-rot-grüne Socar-Flamme lodert, hat kaum jemand von diesen weit entfernten Intrigen Wind bekommen.

Socar Trading antwortete auch, man würde weder die Mayor Trans Limited noch deren wirtschaftlich Berechtigte kennen. Was die Crowbar Holdings betrifft, erklärte Mariam Almaszade, sie hätte «keine Kenntnis von der Zahlung» von 2,3 Millionen Euro an Yorgen Fenechs Firma im November 2015 gehabt, da sie im «ersten Quartal 2015» als Geschäftsführerin abgelöst worden sei. In der von der «Tribune de Genève» veröffentlichten Untersuchung versicherte eine ihr nahestehende Person, die anonym bleiben möchte, ein Walliser Jurist habe ihre Stelle übernommen und Frau Almaszade habe «keine Bankgeschäfte» für die Crowbar getätigt. Von uns konsultierte Unterlagen zeigen jedoch, dass sie als Geschäftsführerin der Maddox Energy Trading (deren alleinige Aktionärin die Firma Crowbar war) gelegentlich Rechnungen erhalten und Zahlungen kontrolliert hatte.

Fragen, die wir dem Walliser Juristen stellten, blieben unbeantwortet.

An den Schweizer Tankstellen, wo die blau-rot-grüne Socar-Flamme lodert, hat kaum jemand von diesen weit entfernten Intrigen Wind bekommen. Doch im Zuge der um sich greifenden Enthüllungen fällt es dem stumm bleibenden Staatskonzern aus Aserbaidschan immer schwerer, sich als «elegante, moderne und dynamische» Marke zu positionieren. ■



Lesen Sie diese
Recherche auch online:
publiceye.ch/socar



© KEYSTONE/LAIF/Daniel Resenthal

Kinderarbeit auf Kakaoplantagen: zwei verlorene Jahrzehnte

Der 100 Milliarden schweren Schokoladeindustrie ist es weder gelungen, Kinderarbeit und Abholzung im Kakaoanbau in Westafrika zu reduzieren, noch die Armut der Bauernfamilien zu lindern. Dies zeigen der lang erwartete Bericht der Universität Chicago zu Kinderarbeit sowie der Kakaobarometer 2020. Eine Chance, dies teilweise zu korrigieren, hat nun das oberste Gericht der USA, welches eine Klage gegen Nestlé und Cargill wegen Kindersklaverei behandelt.

SILVIE LANG

Alle zwei Jahre zieht das zivilgesellschaftliche Netzwerk Voice (Voice of Organisations in Cocoa) gemeinsam mit weiteren Nichtregierungsorganisationen Bilanz über die Entwicklungen im globalen Kakao- und Schokoladensektor. Im Mittelpunkt stehen jeweils die Lebens- und Arbeitsbedingungen der kakaoanbauenden Familien und der Umweltschutz. Einmal mehr fällt das Fazit des Kakaobarometers ernüchternd aus: Trotz jahrzehntelanger Versprechen der Industrie, die menschenrechtliche und ökologische Situation im Kakaoanbau durch freiwillige Massnahmen verbessern zu wollen, hat sich für die meisten Kakaobäuerinnen und -bauern wenig geändert.

1,5 Millionen Kinder im Kakaoanbau Westafrikas
Bei der Kinderarbeit kommt der brisante Bericht des National Opinion Research Center der Universität Chicago (NORC) zu einem klaren Befund: 1,5 Millio-

nen Kinder arbeiten nach wie vor unter missbräuchlichen Bedingungen im westafrikanischen Kakaoanbau. Das ist fast jedes zweite Kind in landwirtschaftlichen Haushalten in den kakaoanbauenden Gebieten der Côte d'Ivoire und Ghanas.

95 % davon üben dabei Tätigkeiten aus, die zu den schlimmsten Formen von Kinderarbeit zählen – etwa das Ausbringen von Pestiziden, das Ernten mit Mähdreschern oder das Tragen schwerer Lasten. Von gelegentlicher Mithilfe auf der elterlichen Plantage kann demnach keine Rede sein, im Gegenteil: In den letzten zehn Jahren hat sich zum Beispiel der Anteil der Kinder, die Pestizide ausbringen, verfünffacht. Ein Drittel aller Kinder, die unter missbräuchlichen Bedingungen arbeiten, litt schon unter sehr starken Schmerzen, ein Viertel fühlte sich sehr krank und jedes zehnte Kind musste sich einer medizinischen Behandlung unterziehen.

Angesichts dieser erschreckenden und unhaltbaren Realität mutet das Mantra vieler Firmen – «Kinderarbeit hat in unserer Lieferkette keinen Platz» – sehr zynisch an. Vor allem, wenn man bedenkt, wie lange die Industrie schon Besserung verspricht. Bereits 2001 unterzeichneten zahlreiche Kakaofirmen, darunter auch Nestlé und der weltgrösste Schokoladekonzern Barry Callebaut mit Hauptsitz in Zürich, das sogenannte Harkin-Engel-Protokoll. Darin verpflichteten sie sich, bis 2005 Massnahmen zur Beseitigung von Kinderarbeit zu ergreifen. Die Frist wurde zuerst bis 2008, dann bis 2010 und schliesslich bis 2020 verlängert und das Reduktionsziel auf 70 % heruntergeschraubt.

Erreicht wurden diese Ziele nicht, und die Lage in Ghana und in der Côte d'Ivoire dürfte sich seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie noch drastisch verschlechtert haben. Die von grossen Schokoladherstellern finanzierte Multistakeholder-Plattform International Cocoa Initiative hat sich die Bekämpfung der Kinderarbeit zum Ziel gesetzt. Selbst sie schätzt, dass die Kinderarbeit als Folge der Pandemie um bis zu 20 % ansteigt – das sind zusätzlich 300 000 Kinder.

Und wie reagieren die Kakao- und Schokoladefirmen? Die World Cocoa Foundation, der globale Branchenverband, stellt sich auf den zynischen Standpunkt, die Ziele des freiwilligen Harkin-Engel-Protokolls seien damals zu ambitioniert gewesen, da die Komplexität des Problems nicht bekannt gewesen sei. Dieses Argument ist höchst erstaunlich – nicht zuletzt angesichts der bereits 2005 in den USA eingereichten Klage gegen Nestlé und Cargill wegen Beteiligung an Kindersklaverei in der Côte d'Ivoire.

Nestlé und Cargill weisen jegliche Verantwortung für die Kindersklaverei in der Côte d'Ivoire von sich.

Nach jahrelangem juristischem Hickhack fand nun am 1. Dezember 2020 die Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof der USA statt. Während die beiden Unternehmen zwar anerkennen, dass es in der Branche zu Kindersklaverei kommt, weisen sie jegliche Verantwortung dafür von sich. Ob der Oberste Gerichtshof überhaupt auf die Klage eintritt und den sechs ehemaligen Kindersklaven aus Mali nach über 15 Jahren endlich die Möglichkeit gibt, ihren Fall vor Gericht zu verhandeln, wird spätestens im Sommer 2021 klar sein.

Dass es für die Rohstoffbranche verbindliche Sorgfaltspflichten braucht, sah auch das Schweizer Stimmvolk bei der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative so. Nur eine verbindliche Sorgfaltsprüfung wird dafür sorgen, dass die Ursachen für Missstände systemisch angegangen werden.

Dass dies bis anhin viel zu wenig geschah, bestätigt auch der Kakaobarometer 2020. Viel zu lange setzten die Firmen nämlich auf freiwillige, projektbasierte Massnahmen, welche weder die Ursachen der Missstände angehen noch die Betroffenen angemessen miteinbezogen.

Genau in diese Bresche schlagen auch die zahlreichen nationalen Kakaoplattformen, die seit einiger Zeit in den Sitzstaaten vieler Schokoladefirmen aus dem Boden spriessen. Auch die Schweizer Plattform für Nachhaltigen Kakao ist eine solche auf Freiwilligkeit basierende Multistakeholder-Initiative. Sie verfolgt ebenfalls einen projektbasierten Ansatz, setzt beim Verständnis von Nachhaltigkeit immer noch vorwiegend auf Zertifizierung und betrachtet nur den physisch in die Schweiz importierten Kakao. Dieser macht jedoch nur einen Bruchteil des Kakaos aus, der von Schweizer Firmen gekauft, gehandelt und verarbeitet wird. Des Weiteren fehlt es an einem verbindlichen Bekenntnis zu existenzsichernden Einkommen für die kakaoanbauenden Familien.

Keine Existenzsicherung durch Labels

Dies wäre jedoch dringend nötig, denn die überwiegende Mehrheit der Kakaobäuerinnen und -bauern lebt in bitterer Armut. Auch Labels vermögen da nicht systematisch weiterzuhelfen. 2018 verdienten gemäss einer von Fairtrade International in Auftrag gegebenen Studie nicht einmal 10 % der zertifizierten Bauernfamilien in der Côte d'Ivoire ein existenzsicherndes Einkommen – trotz Mindestpreis und Prämie.

Solange die kakaoanbauenden Familien in Armut leben, nur unzureichenden Zugang zur Bildung und zum Gesundheitssystem sowie kaum politische Teilhabe haben, wird auch die Kinderarbeit nicht überwunden werden. So kommt denn auch der Kakaobarometer 2020 zum Schluss: Wenn sich Bauernfamilien entscheiden müssen, ob sie ihre Kinder ernähren oder zur Schule schicken sollen, ist das keine Wahl.

Und genau das ist das Problem: Die kakaoanbauenden Familien haben keine Verhandlungsmacht gegenüber Kakaohändlern und Schokoladefirmen. Sie erhalten den kleinsten Teil an der gesamten Wertschöpfung – gemäss einer neuen Studie der französischen NGO Le Basic nur 7,3 % des Verkaufspreises einer Tafel Milchsokolade. Schokoladhersteller erhalten deutlich mehr (27,3 %); am meisten schöpfen die Detailhändler ab (38,5 %). Gross sind für die Kakaobäuerinnen und -bauern einzig die Risiken, die sie tragen, z.B. Ernteauffälle oder die Volatilität der globalen Kakaopreise.

Macht und Wertschöpfung sind entlang der gesamten Produktionskette von Kakao extrem ungleich verteilt – zu Ungunsten der Bäuerinnen und Bauern. Die Profiteure, die Kakao- und Schokoladefirmen, sind nicht willens, daran etwas zu ändern und einen Teil ihres massiven Profits dafür einzusetzen, den Kakao-

bäuerinnen und -bauern einen existenzsichernden Lebensunterhalt zu gewährleisten.

Und so schieben sich die Regierungen und Unternehmen gegenseitig die Schuld für die Missstände auf den Kakaoplantagen zu. Weil niemand den ersten Schritt tut, schaut der Sektor schliesslich zur Lösung der Probleme kollektiv auf die Bäuerinnen und Bauern und eruiert, was auf der Anbaustufe verbessert werden könnte. So können einschneidende Veränderungen auf Unternehmens- und Regierungsebene vermieden werden.

Die besondere Verantwortung der Schweiz

Dies führt dazu, dass vor allem die kakaoanbauenden Familien in die Verantwortung genommen werden. Der Kern der Probleme wird auf der Anbaustufe verortet – in den schlechten Landwirtschaftstechniken oder dem fehlenden Bewusstsein für die Problematik von Kinderarbeit. Diese Sichtweise ist ebenso unzureichend wie schädlich, denn die Probleme im Anbau sind nicht die Wurzel allen Übels, sondern ein Symptom eines zutiefst unfairen Systems.

Es braucht deshalb dringend einen Systemwandel – strukturelle Änderungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Kakao, damit die Menschenrechte der kakaoanbauenden Familien sowie die Umwelt systematisch geschützt werden. Die Schweiz ist Sitzstaat zahlreicher Schokoladefirmen und einer der grössten Handelsplätze für Kakao weltweit: Mindestens 30 % aller Kakaobohnen werden von hiesigen Unternehmen gehandelt. Der Schweiz kommt somit eine besondere Rolle zu.

Es ist höchste Zeit, dass sie ihre Verantwortung wahrnimmt. Auch die Zustimmung der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung zur am Ständemehr gescheiterten Konzernverantwortungsinitiative zeigt, dass die Zeit der «Freiwilligkeit» abgelaufen ist und verbindliche Sorgfaltspflichten für die Agrarrohstoffbranche gefragt sind. ■



Hier finden Sie mehr
Infos zum Thema:
publiceye.ch/kakaobarometer



Ein Label, das nicht hält, was es verspricht

Das deutsche Nachhaltigkeitslabel «Grüner Knopf» wirbt mit den Schlagworten «sozial», «ökologisch», «staatlich», «unabhängig zertifiziert». Doch es zeichnet auch Produkte aus, die von Arbeiterinnen und Arbeitern mit Armutslöhnen genährt wurden. Das zeigt eine neue Studie von Public Eye und der deutschen Nichtregierungsorganisation Femnet.



ROMEO REGENASS

«Grüner Knopf Bio Mode Online», wirbt das auch in der Schweiz aktive deutsche Versandhaus Hess Natur im Internet für seine Ökoleider. Grüner Knopf? Das ist ein staatliches deutsches Textilsiegel, das in der Schweiz noch kaum bekannt ist. Aber es weckt grosse Erwartungen. Das vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) lancierte Label nimmt für sich in Anspruch, zeigen zu können, dass Konsumentinnen und Konsumenten nachhaltige Mode kaufen können. Das Logo mit dem Grünen Knopf an einem T-Shirt, einer Mütze oder an der Bettwäsche soll verlässliche Orientierung im Label-Dschungel bieten.

Um das Siegel verwenden zu dürfen, müssen Unternehmen neben produktbezogenen Anforderungen auch Aspekte menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht nachweisen, Risiken ermitteln, diese mit angemessenen Massnahmen angehen und darüber öffentlich berichten. Doch wird das auch umgesetzt? Dem ging eine Untersuchung von Public Eye und der deutschen Nichtregierungsorganisation Femnet auf den Grund. Analysiert wurde die öffentliche Kommunikation von 31 Firmen, die im Mai 2020 auf der Website des Grünen Knopfs angaben, das Siegel zu nutzen.

Bloss ein halbes Dutzend davon hat auch eine starke Präsenz in der Schweiz: Aldi, Bonprix, Hess Natur, Lidl, Tchibo und Vaude. Doch das Label wird auch in der Schweiz immer mehr anzutreffen sein. Im November 2020 nutzten mit Chiemsee, Jack Wolfskin und Peter Hahn bereits drei weitere hierzulande bekannte Marken den Grünen Knopf.

Kaum aussagekräftige Informationen

Das Fazit der Untersuchung: Viele der 31 Firmen kommunizieren zwar in allgemeiner Form zu den Elementen ihrer Sorgfaltsprüfung. Doch nur bei einer Minderheit konnten präzise und aussagekräftige Informationen zu identifizierten und wichtigen Risiken sowie getroffenen Massnahmen festgestellt werden. Trotzdem dürfen alle Marken das Siegel tragen und damit werben.

Public Eye und Femnet kritisieren diesen Zustand: «Wenn Unternehmen nur abstrakt oder nicht bezogen auf ihre Lieferkette Risiken und Massnahmen kommunizie-

ren, sollten sie dafür keine Anerkennung in Form einer staatlichen Zertifizierung erhalten.» Public Eye hatte bereits zum Start des Grünen Knopfes im September 2019 davor gewarnt, dass das Label bald auch Produkte auszeichnen könnte, die von Arbeiterinnen und Arbeitern mit Armutslöhnen genährt wurden.

Armutslöhne selbst bei Ökoleidern

Dass dies nun leider der Fall ist, belegt die aktuelle Untersuchung. Mit Hess Natur und Vaude berichten nur 2 der 31 geprüften Unternehmen aussagekräftig über das Ausmass und die Schwere des Risikos fehlender existenzsichernder Löhne in ihrer gesamten Lieferkette. Und selbst die Ökomodefirma Hess Natur stellt fest, dass nicht alle ihre Lieferanten lückenlos Existenzlöhne bezahlen würden. Es braucht wenig Phantasie, um sich vorzustellen, wie die Lage bei anderen Firmen ist.

11 Grüne-Knopf-Unternehmen haben fehlende existenzsichernde Löhne zwar als Risiko priorisiert, berichten jedoch nicht über das Ausmass und die Schwere des Risikos konkret in ihrer Produktion, darunter Aldi, Bonprix, Lidl und Tchibo oder der Kleinbetrieb 3Freunde. 18 haben dies nicht einmal als wesentliches Risiko priorisiert. Das ist unverständlich, denn Armutslöhne stellen nicht nur eine bekannte, praktisch flächendeckende und schwerwiegende Rechtsverletzung dar, sie erhöhen auch das Risiko anderer Rechtsverletzungen in der Arbeitswelt (etwa exzessive Arbeitszeiten). Und wer zu wenig zum Leben verdient, kann sich und die eigene Familie kaum ernähren. Eine Folge davon: Mangelernährung. Und das ist nur eines der alarmierenden Ergebnisse der aktuellen Untersuchung. ■



Lesen Sie den ganzen
Recherchebericht online:
publiceye.ch/gruener-knopf



Agrargiganten handeln aus der Schweiz mit dem Klimakiller Soja

Weltweit wird immer mehr Fleisch gegessen. Den Hunger nach dem beliebten Futtermittel Soja stillt vor allem Brasilien als grösster Exporteur. Im Land werden gigantische Flächen Wald und Grasland zu Sojafeldern, zum Teil auch illegal. Den Handel mit Soja aus Brasilien dominieren fünf Agrogiganten – und das mehrheitlich von der Schweiz aus.

SILVIE LANG

Seit Jahren steigt der Fleischkonsum weltweit. Das treibt auch die Nachfrage nach Futtermitteln in die Höhe. In der intensiven Tierhaltung ist Soja einer der wichtigsten proteinliefernden Bestandteile des Futters. Seit 2001 hat sich der Anteil des Sojas, der international gehandelt wird, mehr als verfünffacht. Davon landen fast 90 % in Futtermitteln, daneben wird es auch als Lebensmittel, Treibstoff oder Industriematerial genutzt.

An der Spitze der Anbauländer steht mit grossem Abstand Brasilien, das mit einer Jahresproduktion von 133 Millionen Tonnen den langjährigen Spitzenreiter USA (117 Millionen Tonnen) mittlerweile überholt hat. Deutlich abgeschlagen folgt Argentinien mit 53 Millionen Tonnen. Fast 90 % der weltweiten Sojaexporte stammten 2019 aus diesen drei Ländern. Brasilien ist mit 74 Millionen Tonnen auch der grösste Sojaexporteur, gefolgt von den USA mit 52 Millionen Tonnen. Mit der Ausweitung des Anbaus hat sich auch die Fläche vergrössert, die mit gentechnisch veränderten Sojabohnen bewirtschaftet wird. In den USA hat sie unterdessen einen Anteil von 94 % erreicht, in Brasilien bestand 2017 die Ernte sogar zu 97 % aus gentechnisch behandelten Sorten.

Weitaus am grössten ist der Fleischhunger global gesehen in China; das Land ist der mit Abstand grösste Produzent und Verbraucher von Fleisch. Entsprechend gross ist der Bedarf an Futtermitteln, was China zum grössten Sojaimporteur weltweit macht. Im Jahr 2019 kaufte das Land mit 74 Millionen Tonnen knapp zwei Drittel aller Sojaexporte, gefolgt von der EU mit knapp 17 Millionen Tonnen. Entsprechend gross können Veränderungen in den weltweiten Handelsströmen sein: Zwischen Januar und Mai 2020 stieg der chinesische Import von brasilianischem Soja um fast 37 Prozent an, weil China als Folge der handelspolitischen Spannungen zwischen den beiden Staaten weniger Soja aus den USA kaufte.

Gehandelt und zu Futtermitteln verarbeitet wird Soja von Agrarhandelskonzernen, die weltweit in Häfen, Flotten und Logistik investieren. Die grössten Agrarhändler sind die sogenannten ABCD-Konzerne, bestehend aus den vier Firmen Archer Daniels Midland (ADM), Bunge, Cargill und Louis Dreyfus Company. 2018 standen diese vier zusammen mit dem brasilianischen Händler Amaggi, dem weltweit grössten Sojaproduzenten, für 56 % der Sojaexporte aus Brasilien, die von total fast 300 Unternehmen getätigt wurden (siehe Grafik). Die Nummer acht dieser

Rangliste war 2018 übrigens Glencore Agriculture, eine Tochterfirma des weltweit grössten Rohstoffhändlers Glencore mit Sitz in Baar ZG; der Konzern handelt nicht nur mit Öl, Kohle, Metallen und mineralischen Rohstoffen, sondern auch mit Agrarprodukten, unter anderem eben Soja.

Boomgeschäft Sojahandel läuft über die Romandie

Und wen wundert: Die Schweiz beherbergt als grösster Handelshub für Agrarrohstoffe alle diese Agrargiganten, welche hier, genauer gesagt in der Westschweiz, grosse Teile ihres Handelsgeschäfts abwickeln. ADM betreut am europäischen Hauptsitz in Rolle VD die Märkte in Europa, dem Nahen Osten, Afrika und Indien. Bunge wickelt sein globales Handelsgeschäft über zwei «Desks» ab, wovon sich eines in Genf befindet. Der US-Gigant Cargill lässt seinen Getreide- und Ölsaatenhandel, inklusive Soja, ebenfalls über Genf laufen, während die Louis Dreyfus Company in der Rhonestadt sogar ihren operativen Hauptsitz hat und sämtlicher Handel über Schweizer Desks läuft. Auch Glencore Agriculture wickelt sein Sojageschäft über die Schweiz ab. Die Amaggi-Gruppe betreibt ein Handelsbüro in Lausanne und Cofco, der grösste chinesische Agrar- und Lebensmittelkonzern, hat mit Cofco International seinen Handelshauptsitz in Genf angesiedelt. Kurz: Der Sojahandel, der weltweit boomt, läuft zu grossen Teilen über die Romandie.

Für Soja wird massiv Regenwald abgeholzt

Weil die Nachfrage nach Soja stark ansteigt und Produktivitätssteigerungen schwierig sind, wird für den Anbau der Sojabohne immer mehr Fläche benötigt. Die Anbaufläche wurde in den letzten 20 Jahren von 77 auf 125 Millionen Hektar (2019) ausgeweitet. Mit massiven Folgen für Mensch und Umwelt: Der Sojaanbau ist nach der Viehwirtschaft der zweitgrösste Verursacher von Abholzung weltweit. Besonders in Brasilien werden gigantische Flächen Wald und Grasland in Sojafelder umgewandelt.

Wenig überraschend: Die fünf Grossen im Sojaexport aus Brasilien sind auch die grössten Verursacher von Abholzung. Zwischen 2006 und 2017 wurden im Amazonas und der brasilianischen Savanne Cerrado, eines wegen seiner Biodiversität sehr wertvollen Trockenwaldes, 220 000 Quadratkilometer Wald abgeholzt. Das entspricht mehr als fünf Mal der Fläche der Schweiz. Zumeist entstanden Viehweiden, doch 10 % der gerodeten Fläche wurden direkt für den Anbau von Soja verwendet; dies geht aus einer Untersuchung von Trase hervor, einer Initiative für mehr Transparenz im Geschäft mit Agrarrohstoffen. Der Hauptgrund für die massive Abholzung im Cerrado liegt am Amazonas-Moratorium: Dieses verbietet den Handel mit Soja, das von Regenwaldflächen stammt, die nach 2008 gerodet wurden. Aber es gilt nur für den Amazonas. Die Sojaproduktion ist deshalb auf den Cerrado ausgewichen. →

Boomgeschäft Soja

Die vier grössten Agrarhändler der Welt dominieren auch den Sojaexport aus Brasilien.

Exportvolumen in Mio. Tonnen



Brasilien hat die USA nicht nur bei der Produktion, sondern auch bei der Anbaufläche von Soja überholt.

Anbauflächen der fünf wichtigsten Produktionsländer, in Millionen Hektar



Das Moratorium – eigentlich ein Erfolg – gilt allerdings nur für Land, das explizit für den Sojaanbau gerodet wurde. Soja, das auf Flächen angebaut wird, die für andere Zwecke gerodet wurden, fällt nicht darunter. Daher findet die Ausdehnung des Sojaanbaus mehrheitlich auf ehemaligem Weideland statt. Für neues Weideland muss dann wieder Regenwald oder Savanne gerodet werden. Die Ausweitung des Handelsmoratoriums auch auf den Cerrado wird von keinem der grossen Agrarkonzerne unterstützt. Cargill spricht sich gar öffentlich dagegen aus.

Ausdehnung des Agrobusiness in den Regenwald

Dass Fortschritte schnell zunichte gemacht sind, zeigen auch die verheerenden Waldbrände von 2019 und 2020, die vor allem das Resultat von Brandrodungen waren – unter anderem für Sojafarmen. Dies zeigt der Vergleich von Satellitenaufnahmen der Feuer einerseits und der Karten mit den grössten Fleischfabriken und Sojasilos andererseits: Viele Feuer loderten in unmittelbarer Nähe der Fabriken, Lager und ihrer Infrastruktureinrichtungen. Unterstützt wird dies durch die Politik des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, der die Bestimmungen zum Umweltschutz fortlaufend lockert und die Ausdehnung des Agrobusiness in den Regenwald und die tropische Savanne nicht nur gutheisst, sondern auch legalisiert. Die Abholzungsrate in Brasilien stieg 2019 auf das höchste Niveau seit 2007/08, und die Prognosen sehen einen weiteren Anstieg voraus.

Nach einer Studie, die das Magazin «Science» veröffentlichte, sollen 20 % der Sojaexporte aus dem Amazonas und dem Cerrado in die EU von illegal abgeholztem Land stammen. So steht der Fleischkonsum in Europa in direktem Zusammenhang mit der Abholzung in Brasilien – und den Folgekonflikten: Neben den negativen Auswirkungen auf das Klima und die Biodiversität führt Entwaldung auch zu Landkonflikten und Verletzungen der Rechte indigener Gemeinschaften. Der Nichtregierungsorganisation Global Witness zufolge nehmen Konflikte zwischen lokalen Gemeinschaften und Soja- oder Viehfarmern zu, genauso wie Drohungen und Gewalt gegen jene, die sich für ihr angestammtes Land und das Klima einsetzen. 2019 wurden in Brasilien 24 Aktivistinnen und Aktivisten getötet – 90 % davon in der Amazonas-Region.

Der weltweite Hunger nach Fleisch, und damit nach Soja als Futtermittel, darf nicht über dem Schutz der Menschenrechte und des Klimas stehen. Als grösster Agrarhandelsklub der Welt und als Sitzstaat vieler global bedeutender Agrarrohstoffhändler kommt der Schweiz diesbezüglich eine besondere Verantwortung zu. Es ist höchste Zeit, dass sie diese wahrnimmt. Auch die Zustimmung der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung zur Konzernverantwortungsinitiative hat gezeigt, dass verbindliche Sorgfaltspflichten für die Rohstoffbranche dringend nötig sind. ■

Dieser Artikel erschien in leicht abgeänderter Form zuerst im «Fleischatlas 2021» der Heinrich-Böll-Stiftung.

Chemiekeule im Sojaanbau

Weltweit steigt die Verwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft, und der Soja-Boom spielt dabei eine wichtige Rolle. Viele der gefährlichsten Stoffe wurden in der EU bereits verboten, kommen in anderen Teilen der Welt aber im grossen Stil zum Einsatz.

Seit 1990 hat sich der Einsatz von Pestiziden weltweit verdoppelt. Heute beläuft er sich auf mehr als 3 Millionen Tonnen jährlich. Dieses Wachstum beruht auch auf der weltweit steigenden Nachfrage nach Fleisch und damit nach proteinhaltigen Futtermitteln aus Soja. Die grössten Anbauländer Brasilien, USA und Argentinien gehören denn auch zu den grössten Pestizidverbrauchern. In Brasilien und den USA wurden 2017 jeweils rund 18 % der globalen Pestizidmengen versprüht, in Argentinien weitere 11%. Fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Pestizide landet somit auf den Feldern der drei amerikanischen Agrarstaaten.

Dort kommen sie in der Produktion zahlreicher Nutzpflanzen zum Einsatz. Das meist zu Futtermittel weiterverarbeitete Soja spielt eine wichtige Rolle. So sind etwa in Brasilien mit 52 % der gesamten Pestizidverkäufe über-

durchschnittlich viele für den Sojaanbau bestimmt. Parallel zur Verbreitung von gentechnisch modifizierten und herbizidresistenten Sojapflanzen hat auch der Pestizidverbrauch in Brasilien seit 1990 massiv zugenommen.

Dabei kommen auch Pestizide zum Einsatz, die in der EU wegen bekannter Risiken für die Umwelt oder die Gesundheit verboten wurden. Einige dieser Stoffe werden sogar in der EU produziert und anschliessend exportiert. Doch dagegen regt sich zunehmend Widerstand. Im Herbst 2020 reagierte die Europäische Kommission auf den Druck von Public Eye und anderen NGOs und erklärte, sie wolle die Produktion von EU-weit verbotenen Chemikalien für den Export stoppen. In Frankreich tritt bereits 2022 ein Exportstopp für EU-weit verbotene Pestizide in Kraft. Der Export aus der Schweiz wird ab 2021 verschärft und bei fünf Pestiziden ganz verboten.



© Fabio Eidos/Panos Pictures



© Mujahid Safocien/Intermittent/via Getty Images



© Clean Clothes Campaign

Pestizide: Schweizer Exportverbot für Polit-Oscar nominiert

Mitte Oktober 2020 hat der Bundesrat ein Exportverbot für fünf Pestizide beschlossen, die in der Schweiz wegen bekannter Risiken verboten wurden. Die Ausfuhr von weiteren 100 Pestiziden wurde verschärft. Der erfreuliche Entscheid folgt auf Recherchen und Berichte von Public Eye über den Export und die verheerenden Folgen von gefährlichen Pestiziden «Made in Switzerland» in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Im November wurde die Anpassung der entsprechenden Schweizer Verordnung für den Future Policy Award nominiert, der 2021 auf den Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien fokussiert. Der Future Policy Award wird auch als «Polit-Oscar» bezeichnet und zeichnet Gesetze zur Förderung besserer Lebensbedingungen für heutige und zukünftige Generationen aus. In der Kategorie «Hochgefährliche Pestizide» ist die Schweizer Exportverschärfung eine von 23 nominierten Regulierungen. Die Sieger werden Anfang Juli im deutschen Bonn geehrt.



Mehr zum Export verbotener Pestizide: publiceye.ch/toxicexports-schweiz

Biopiraterie: Südafrika anerkennt Wissen der Urvölker offiziell

Mit Rooibos-Tee machen Konzerne Millionen. Jetzt erhalten auch die Ureinwohner einen Anteil als Entschädigung für verlorenes Land und überliefertes Wissen, konkret 1,5% des Ernteerlöses, berichtete die «Tagesschau» von SRF im November. Die offizielle Anerkennung des Wissens der Urvölker der Khoikhoi und San könnte eine Welle von weiteren Entschädigungsforderungen auslösen, heisst es im Beitrag. Denn Rooibos ist nur eine von vielen Heilpflanzen, deren Heilkräfte diese Urvölker als erste erkannten.

Ein später Erfolg für Public Eye: 2010 hatte sie noch als Erklärung von Bern zusammen mit der südafrikanischen NGO «Natural Justice» aufgedeckt, dass Nestlé fünf weitreichende Patente, unter anderem auf Verwendung von Rooibos und Honeybush gegen Hautprobleme oder als Entzündungshemmer, angemeldet hatte, ohne mit den Khoikhoi und San zuvor ein Abkommen über die Aufteilung potenzieller Gewinne auszuhandeln. Ein krasser Verstoss gegen die Biodiversitätskonvention der Uno.



Mehr zum Thema Biopiraterie: publiceye.ch/biopiraterie

Covid-19: Erfolg der Clean Clothes Campaign in Rumänien

Inmitten der ersten Covid-19-Pandemiewelle kürzte die rumänische Textilfabrik Tanex die Löhne von Arbeiterinnen und Arbeitern drastisch. Trotz Vollzeitpensum erhielten diese im März und April lediglich je 140 Euro, die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns. Angelica Manole, die sich als einzige dagegen zu wehren wagte, wurde schikaniert und entlassen. Der öffentliche Aufschrei im Land war gross.

Darauf rief die Clean Clothes Campaign – ein globales Netzwerk, das sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie einsetzt und an dem Public Eye beteiligt ist – in einem Eilfall (Urgent Appeal) die Modefirmen dazu auf, dringend Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter respektiert werden. Auch einige Modeunternehmen, die bei Tanex ihre Kleidung produzieren lassen, reagierten auf den Appell und forderten ihren Zulieferer auf, die ausstehenden Löhne unverzüglich zu zahlen – zuvorderst Massimo Dutti, eine Marke des spanischen Modegiganten Inditex. Mit lokaler und internationaler Unterstützung gelang es, die Auszahlung der ausstehenden Löhne zu erkämpfen.



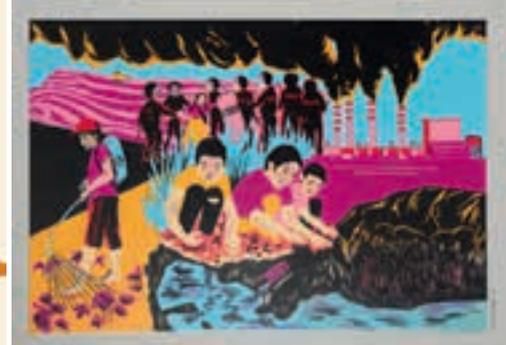
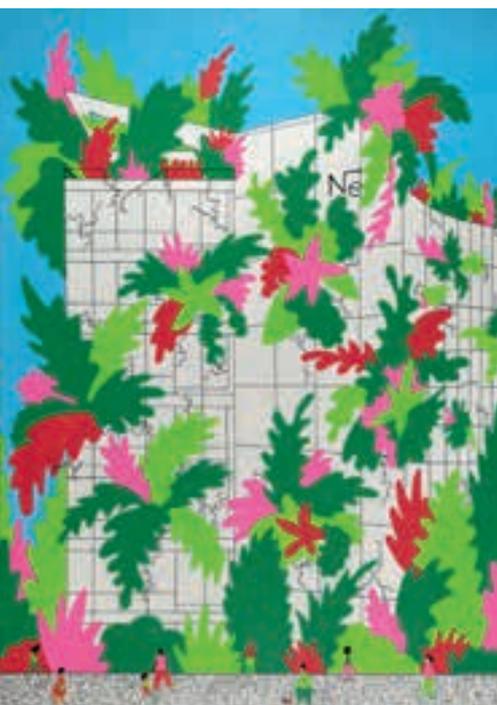
Mehr zum Erfolg der Clean Clothes Campaign: publiceye.ch/rumanien



Kunstschaffende für Konzernverantwortung

Zur Unterstützung der Konzernverantwortungsinitiative haben 18 Kunstschaffende aus der Romandie im Abstimmungskampf ein Werk realisiert. Entdecken Sie alle Werke zu ihrer Vision der Konzernverantwortung online auf unserer französischen Website: publiceye.ch/art

Die Kunstschaffenden im Uhrzeigersinn von oben nach unten: **Pazuzu, Bastien Conus, Ange Violent, Tami Hopf, Dora Formica, Inso Mundo, Linda Kocher.**



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstößen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye